

Wider die „angeborene und nationale Mission der Frau“? Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Abtreibungen in Polen seit der Entstalinisierung

Michael Zok

SUMMARY

Against the “Women’s Inherent and National Mission”?
Social Debates about Abortions in Poland since De-Stalinization

The article aims to give an insight into the different discourses on abortion that raged in Polish society from the beginnings of the De-Stalinization until the end of the twentieth century. Two periods of time are considered most important: the years around 1956, when the law underwent quite a liberal reform allowing women to undergo a procedure—outside of a criminal context—for social reasons, e.g. housing problems, the number of children a woman had, or socio-economic hardships. This liberalization led to outrage within the ranks of the Catholic hierarchy as well as between members of Catholic lay organizations. Especially high-ranking members of the hierarchy, such as Cardinal Stefan Wyszyński, tried to use their “moral power” to influence people, women in particular, to decide against abortion, as well as medical personnel (doctors, nurses etc.) to refuse to perform them. In their opinion, abortion was murder and would therefore be instrumental in annihilating the Polish nation. For this reason, the Church and its lay organizations attacked the state and the Communist party for “their law” of 1956 from that moment on. In the 1970s, this offensive gained intensity and led to a discursive shift: the term “unborn child” dominated the discourse (instead of the commonly used “fruit of the womb” or “foetus”). Communist party members were furious about the harsh critique by the Church and defended the law because it was, in their opinion, the only option. Because of the short supply and low quality of contraceptives during the Communist era, the induced termination of a pregnancy remained the most common “contraceptive.”

The second important period of time considered in this article were the years of Communist breakdown and the beginning of the subsequent transformation. The erosion of Communist power led to attempts—headed by Catholic politicians who were gaining in numbers and prominence in the late 1980s—to embed the anti-abortion political agenda into politics and law. While left-wing parties, who recognized abortion and family planning as a human right—accompanied with prophylaxes (education, contraceptives)—campaigns against this restriction and demanded a referendum on abortion (like the one held last year in the Republic of Ireland), conservative politicians in Poland hindered the execution of such a referendum. Consequently, the indicators for performing a termination were narrowed, leading to protests and an estimated increase of illegal abortions. After the electoral victory of the national-conservative party *Law and Justice* in 2015, new attempts to further restrict the law were made. They were met by strong protest and further restrictions were able to be avoided. But—as the article shows—there are continuities in the debates throughout the twentieth century.

KEYWORDS: Poland, abortion, reproductive rights, reproduction, (post-)Communism, Catholicism



Eine zeitgenössische Beobachtung

2015 kam es in Europa zu zwei sexualpolitischen Weichenstellungen, die eine „moralische Spaltung“ des Kontinents offenbarten: auf der einen Seite das Referendum in Irland, das die Einführung der „Ehe für alle“ besiegelte, auf der anderen Seite der Sieg der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) bei den Parlamentswahlen in Polen. Während in Irland drei Jahre später im mittlerweile dritten Referendum zu Abtreibungen erstmals in der irischen Geschichte eine Mehrheit für deren Zulassung stimmte, schickte sich die neue Regierung in Polen in den ersten Monaten nach ihrer Wahl an, das im europäischen Vergleich bereits restriktive Abtreibungsrecht weiter zu verschärfen, was zu massivem gesellschaftlichen Widerstand, dem sogenannten „Schwarzen Protest“ (*czarny protest*), führte, bei dem die in Schwarz gekleideten Teilnehmer/innen Kleiderbügel als Symbol für gefährliche illegale Eingriffe mit sich führten. Die Ereignisse in Polen waren keineswegs ein Präzedenzfall, sondern bildeten einen weiteren Höhepunkt in einem Prozess, der sich (fast) bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgen lässt und der es immer noch schafft, gesellschaftliche Kontroversen auszulösen.

In dem vorliegenden Beitrag sollen diese Auseinandersetzungen über einen längeren Zeitabschnitt hinweg beleuchtet werden. Einerseits wird dafür auf bereits vorhandene Forschungsliteratur rekurriert. Andererseits ermöglichen die Langzeitperspektive und die herangezogenen Archivquellen einen neuen Blickwinkel, der sich in einer Hypothese zusammenfassen lässt. Es wird davon ausgegangen, dass die im Moment (noch¹) gültige Rechtslage von 1993 das Ergebnis von langandauernden diskursiven Aushandlungsprozessen in Politik und Gesellschaft gewesen ist. Die beiden Antipoden in diesen Prozessen waren in der Nachkriegszeit die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) auf der einen Seite und eine ganze Bandbreite an katholischen (in der heutigen Terminologie: zivilgesellschaftlichen) Gruppierungen und *pressure groups* auf der anderen Seite. Letztere arbeiteten gemeinsam mit der katholischen Hierarchie konsequent auf eine Revision der liberalen Gesetzgebung aus dem Jahre 1956 hin, die dann unmittelbar nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems in Polen auch in reale Politik umgesetzt wurde.

¹ Stand April 2019.

Forschungsstand und Fragestellung

Auch wenn eine detaillierte Darstellung des Forschungsstandes den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde, sollen einige Überlegungen vorangestellt werden. Mit seiner „Geschichte der Sexualität“², die er in seinen Vorlesungen am Collège de France um die Aspekte der Biopolitik und der Gouvernemen-talität³ ausbaute, legte Michel Foucault den Grundstein zur Erforschung der Machtrelationen zwischen Autoritäten und menschlichen Körpern sowie der individuellen Sexualität. Seinem Forschungsprogramm folgend sind zahlrei-che Studien entstanden, die sich dem Zusammenhang zwischen Ordnungs-mächten – wie z. B. Staaten oder (kirchlichen) Hierarchien –, Sexualität und Bevölkerung widmen. In ihrem Buch *Sexuality in Europe* resümiert Dagmar Herzog die bisherigen Forschungen und kommt zu dem Ergebnis, dass Quan-tität und Intensität der Erforschung ein Ost-West-Gefälle aufweisen: Während insbesondere über die Entwicklung in der britischen oder der westdeutschen Gesellschaft bereits einige Ergebnisse vorlägen, stehe die Untersuchung von Gesellschaften des östlichen Europas noch an ihrem Anfang.⁴

Obwohl diese Einschätzung im Großen und Ganzen zutrifft, kann dennoch konstatiert werden, dass gerade in den letzten Jahren Studien erschienen sind, die auf die Geschichte der Sexualität in der polnischen Gesellschaft nach 1945 fokussieren und die Auswüchse einer pro-natalistischen Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit untersuchen.⁵ Diese Entwicklungen führten in Verbindung mit einer beschleunigten Urbanisierung, dem stalinistischen Um-bau der Gesellschaft sowie Verschiebungen in den Geschlechterbildern dazu, dass die polnische Bevölkerung überdurchschnittlich stark anwuchs⁶, womit

² MICHEL FOUCAULT: *Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1: *Der Wille zum Wissen*, Frankfurt a. M. 1995.

³ DERS.: *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-1976)*, Frankfurt a. M. 1999.

⁴ DAGMAR HERZOG: *Sexuality in Europe. A Twentieth-Century History*, Cambridge u. a. 2011, S. 4.

⁵ JANUSZ ŻARNOWSKI: *Rodzina w czasach cywilizacyjnego przyspieszenia. Europa i Polska 1918-1989* [Die Familie in Zeiten gesellschaftlicher Beschleunigung: Europa und Polen 1918-1989], in: DOBROCHNA KALWA (Hrsg.): *Rodzina – prywatność – intymność. Dzieje rodziny polskiej w kontekście europejskim*, Warszawa 2005, S. 37-58, hier S. 52; DARIUSZ JAROSZ: *Kobiety a praca zawodowa w Polsce w latach 1944-1956 (główne problemy w świetle nowych badań źródłowych)* [Frauen und Erwerbsarbeit in Polen in den Jahren 1944-1956 (Kernfragen im Lichte neuer Quellenforschungen)], in: ANNA ŻARNOWSKA, ANDRZEJ SZWARC (Hrsg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX. Zbiór studiów*, Warszawa 2000, S. 217-244, hier S. 227.

⁶ MALGORZATA FIDELIS: „A Nation’s Strength Lies Not in Numbers“. De-Stalinisation, Pronatalism, and the Law of Abortion of 1956 in Poland, in: CLAUDIA KRAFT (Hrsg.): *Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Soziale Praxis und Konstruktion von Geschlechterbildern. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 17. bis 20. November 2005*, München 2008, S. 203-225, hier S. 206.

eine Vielzahl an gesellschaftlichen Problemen und Auseinandersetzungen einherging.

In den bisherigen Studien nehmen – ausgehend von den massiven Bevölkerungsverlust⁷ im Zweiten Weltkrieg als Folgen von Besatzung⁸ und Terror, die auch zu Verschiebungen beim männlichen bzw. weiblichen Bevölkerungsanteil führten⁹ – gerade die Jahre unmittelbar nach Kriegsende und die damaligen Diskurse eine zentrale Rolle ein.¹⁰ So zeigen etwa Magdalena Gawin und Małgorzata Fidelis, wie sehr die Entwicklung in der Nachkriegsgesellschaft während der Phase des Hochstalinismus (jedenfalls bis zu einem bestimmten Grad) von De-Sexualisierung bzw. Maskulinisierung geprägt war.¹¹ Diese beiden Konzepte wiederum betrafen, wie Iwona Kurz darlegt, auch Vorstellungen von Ehe.¹² Eine Erkenntnis, die Fidelis in ihren Untersuchungen herausarbeitet, ist die auf den ersten Blick irritierende Überschneidung zwischen der kommunistischen und der kirchlichen Hierarchie im Bereich der Vorstellungen von Sexualmoral und Bevölkerungsentwicklung.¹³ So sahen beide Seiten Frauen vor allem in ihrer Rolle als (zukünftige) Mütter,

⁷ Zur Diskussion der Zahlen vgl. u. a. KLAUS-PETER FRIEDRICH: Erinnerungspolitische Legitimierungen des Opferstatus. Zur Instrumentalisierung fragwürdiger Opferzahlen in Geschichtsbildern vom Zweiten Weltkrieg in Polen und Deutschland, in: DIETER BINGEN (Hrsg.): Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900 bis heute, Wiesbaden 2007, S. 176-191.

⁸ Zu den Entwicklungen während des Krieges vgl. MAREN RÖGER: Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945, Frankfurt a. M. 2015.

⁹ 1945 kamen statistisch auf 100 Männer 128 Frauen; besonders in den Städten war dies zu spüren. BARBARA KLICH-KLUCZEWSKA: Making Up for the Losses of War. Reproduction Politics in Post-War Poland, in: MAREN RÖGER, RUTH LEISEROWITZ (Hrsg.): Women and Men at War, Osnabrück 2012, S. 307-328, hier S. 312. MARCIN ZAREMBA: Ein Abgrund von Moral- und Machtlosigkeit. Prostitution in Polen zwischen NS-Besatzung und Entstalinisierung, in: Osteuropa 56 (2006), 6, S. 318-323, hier S. 320, gibt das Verhältnis hingegen mit 118 Frauen zu 110 Männern an. Ferner waren 1950, d. h. fünf Jahre nach Kriegsende, knapp 46 Prozent der Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren ohne einen Partner. FIDELIS, A Nation's Strength (wie Anm. 6), S. 426, Tab. 2.

¹⁰ KLICH-KLUCZEWSKA (wie Anm. 9).

¹¹ MALGORZATA FIDELIS: Młode robotnice w mieście. Percepcja kobiecej seksualności w Polsce w latach pięćdziesiątych [Junge Arbeiterinnen in der Stadt. Die Wahrnehmung weiblicher Sexualität in Polen in den 1950er Jahren], in: ANNA ŻARNOWSKA (Hrsg.): Kobieta i małżeństwo. Społeczno-kulturalne aspekty seksualności. Wiek XIX i XX, Warszawa 2004, S. 453-475, hier S. 458 f.

¹² IWONA KURZ: „Satyra na niemożność miłości“. Filmowe konteksty dyskusji wokół małżeństwa i seksualności w dobie odwilży [„Eine Satire auf das Unvermögen der Liebe“. Filmische Kontexte der Diskussionen über Ehe und Sexualität während des Tauwetters], ebenda, S. 381-396, hier S. 383 f.

¹³ MALGORZATA FIDELIS: Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland, New York u. a. 2010, S. 240 f.

wie etwa auch Katarzyna Stańczyk-Wiślicz zeigt.¹⁴ Zudem betont Fidelis, dass der Parteiführung die Kontrolle der weiblichen Sexualität ein wichtiges Anliegen war, wobei insbesondere junge Frauen, die in den neu entstandenen Industriezentren arbeiteten, im Mittelpunkt des Interesses standen.¹⁵ Die besondere „Fürsorge“ der Obrigkeit war hierbei wiederum in dem reproduktiven Potential der weiblichen Bevölkerung begründet, das für den Wiederaufbau der polnischen Gesellschaft als unabdingbar angesehen wurde.

Der Untersuchungszeitraum beginnt – wie bei zahlreichen sozial- und kulturgeschichtlichen Arbeiten zur polnischen Nachkriegsgeschichte¹⁶ – mit dem Jahr 1956 und der damit einhergehenden Abkehr von stalinistischen Regierungsmethoden sowie mit (kurzzeitigen) Liberalisierungstendenzen. Im Umfeld des „Polnischen Oktober“ zeigten sich auch in der staatlichen Sexualpolitik konkrete Anzeichen für einen Kurswechsel. Gegenstand des Beitrags sind die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Liberalisierung von Abtreibungen, die der Sejm im April 1956 beschloss. Um diesen Diskursen nachzuspüren, werden im Folgenden Archivmaterialien verschiedener Provenienz genutzt – etwa aus den in diesem Kontext sehr aufschlussreichen Beständen der PZPR sowie des Gesundheitsministeriums. Gerade Letztere wurden in der bisherigen Forschung nur ganz vereinzelt beachtet.¹⁷

Dabei ist es das Ziel des Autors, die Entwicklungen und die gesellschaftlichen Diskurse, die in einem Spannungsfeld zwischen (Wunsch-)Vorstellungen der Obrigkeiten (Staat, Partei, Kirche) und den gesellschaftlichen Realitäten stattfanden, nachzuzeichnen. Małgorzata Druciarek bezeichnet die Entwicklung Polens, vor „dem Hintergrund, dass in keinem anderen postsozialistischen Land die Gesetzgebung zur Abtreibung nach 1989 eingeschränkt wurde“, als „bemerkenswert“ und verweist auf die starke Position der Kirche

¹⁴ KATARZYNA STAŃCZAK-WIŚLICZ: *Od neomatriarchatu do szpitala-pomnika Matki Polki. Ideologie macierzyństwa w dyskursach władzy i opozycji w Polsce (1945-1989)* [Vom Neomatriachat zum Krankenhaus-Denkmal für die Mutter Polin. Die Ideologie der Mutterschaft in den Diskursen der Regierung und der Opposition in Polen (1945-1989)], in: RENATA EWA HRYCIUK, ELŻBIETA KOROLCZUK (Hrsg.): *Niebezpieczne związki. Macierzyństwo, ojcostwo i polityka*, Warszawa 2015, S. 45-74, hier S. 51.

¹⁵ FIDELIS, *Młode robotnice* (wie Anm. 11), S. 468.

¹⁶ DARIUSZ JAROSZ: *Robotnicy, robotnice i Fundusz Wczasów Pracowniczych w Polsce (do 1956 r.)* [Arbeiter, Arbeiterinnen und die Arbeitnehmerurlaufsfonds (bis 1956)], in: ANNA ŻARŃSKA, ANDRZEJ SZWARC (Hrsg.): *Kobieta i kultura czasu wolnego. Zbiór studiów*, Warszawa 2001, S. 481-494; KLAUS BACHMANN: *Repression, Protest, Toleranz. Wertewandel und Vergangenheitsbewältigung in Polen nach 1956*, Dresden – Wrocław 2010; BARBARA KLICH-KLUCZEWSKA: *Rodzina, tabu i komunizm w Polsce. 1956-1989* [Familie, Tabu und Kommunismus in Polen. 1956-1989], Kraków 2015.

¹⁷ Etwa bei EWELINA SZPAK: „Chory człowiek jest wtedy jak coś go boli“. *Społeczno-kulturowa historia zdrowia i choroby na wsi polskiej po 1945 r.* [„Der Mensch ist krank, wenn ihn etwas schmerzt“. Eine Sozial- und Kulturgeschichte von Gesundheit und Krankheit auf dem polnischen Lande nach 1945], Warszawa 2016.

im öffentlichen Diskurs.¹⁸ Daher soll ihr Urteil über die Einzigartigkeit der polnischen Entwicklung in einer Langzeitperspektive untersucht und gezeigt werden, dass die heutigen Auseinandersetzungen nicht präzedenzlos sind, sondern auf langandauernden Aushandlungsprozessen zwischen kommunistischer Staats- und Parteiführung und Kirchenhierarchie basieren, und dass – jedenfalls bis zum Machtantritt der PiS 2015 – neben dem Jahr 1956 die frühen 1990er Jahre den tiefsten Einschnitt bildeten, als die Auseinandersetzungen unter dem Eindruck des politischen Umbruchs in Polen ihren Höhepunkt erreichten.

Wahrnehmungen im Wandel - Sexualität in Zeiten der Entstalinisierung

Der sogenannte „Polnische Oktober“ führte zu tiefgreifenden Veränderungen. Dies betraf auch den Bereich der Bevölkerungs- und Sexualpolitik, was etwa Äußerungen der neuen Parteiführung um Władysław Gomułka belegen. Während des V. Plenums des Zentralkomitees (ZK) der PZPR im Jahre 1958 sprach er davon, dass „der demografische Zuwachs die für den Aufbau des Sozialismus nötigen Mittel begrenzt, da er zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zwingt und dabei [gleichzeitig] den technischen Fortschritt verzögert; man muss daher die Anzahl der Geburten einschränken.“¹⁹ Zehn Jahre zuvor wären solche Äußerungen noch undenkbar gewesen. Das rasante Bevölkerungswachstum und die damit einhergehenden Probleme, wie etwa die Integration der nach 1945 geborenen Jahrgänge in den Arbeitsmarkt, zwangen zum Umdenken.²⁰

Insbesondere die Liberalisierung in der Medienpolitik ermöglichte es den Journalisten, Sexualität in all ihren Licht- und Schattenseiten öffentlich nun häufiger zu thematisieren²¹; auch in der Sexualaufklärung zeigten sich Fortschritte: So erschienen nach 1956 zahlreiche Broschüren, die sich an verschiedene Zielgruppen (Jugendliche, Eltern, frisch verheiratete Eheleute) richteten²², wichtigster Akteur war hierbei die Gesellschaft für bewusste Mutterschaft (Towarzystwo Świadomego Macierzyństwa, TŚM).

¹⁸ MALGORZATA DRUCIAREK: „Schwarzer Protest“ – in Richtung eines neuen „Kompromisses“ beim Abtreibungsrecht?, in: Polen-Analysen (2016), 191, S. 2-6, hier S. 2.

¹⁹ Zit. nach: ALEKSANDRA CZAJKOWSKA: O dopuszczalności przerywania ciąży. Ustawa z dnia 27 kwietnia 1956 r. i towarzyszące jej dyskusje [Über die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Das Gesetz vom 27. April 1956 und die Diskussionen, die es begleiteten], in: PIOTR BARAŃSKI (Hrsg.): Kłopoty z seksem w PRL. Rodzenie nie całkiem po ludzku, aborcja, choroby, odmienności, Warszawa 2012, S. 99-186, hier S. 177.

²⁰ MARCIN KULA: Wstęp [Einleitung], ebenda, S. 7-10, hier S. 9.

²¹ FIDELIS, Women (wie Anm. 13), S. 172.

²² Etwa ELŻBIETA JACKIEWICZOWA: O czym chcą wiedzieć dziewczęta [Wovon Mädchen wissen wollen], Warszawa 1957; MARTA JAKUBOWSKA: Wychowanie seksualne dzieci w wieku przedszkolnym [Sexualerziehung der Kinder im Vorschulalter], Warszawa

Innerhalb der Partei wurden diese Liberalisierungstendenzen jedoch mit Skepsis betrachtet. Während der VI. Konferenz des Woiwodschaftskomitees (Komitet Wojewódzki, KW) der PZPR in Kattowitz 1957 etwa beschwerte sich eine Delegierte über die Aufmachung von Zeitungen. So seien z. B. auf den Seiten des *Dziennik Zachodni* neben wichtigen politischen Meldungen Zeichnungen von nackten Frauen zu sehen. Besonders erregte sich die Funktionärin jedoch über eine Meldung in der Zeitung *Przekrój* vom 1. Januar 1957, wonach die (meist männlichen) Journalisten der Zeitung befürchteten, dass sich beim bevorstehenden Karneval keine Frau zu einem „sztryktis“ [sic! – gemeint war „Striptease“] bereitfinden werde. Es sei „die Schande des 20. Jahrhunderts, dass Frauen auf diese Weise Geld verdienen“²³, und sie fügte polemisch hinzu, dass es wahrscheinlich in einem halben Jahr als Sensation gelten werde, wenn überhaupt noch eine bekleidete Frau abgelichtet werden würde.²⁴

Die schnelle Industrialisierung, die Urbanisierung und die Migration bäuerlicher Schichten in die neu entstandenen Industriekomplexe wie etwa Nowa Huta führten zu weitreichenden Veränderungen im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen, die u. a. mit dem Verlust der im dörflichen Leben bisher gewohnten sozialen Kontrolle einhergingen.²⁵ Trotz der Unterteilung der Arbeiterunterkünfte nach Geschlechtern²⁶ kam es zu vielfältigen Kontakten zwischen Frauen und Männern, sodass innerhalb der Partei missbilligend geurteilt wurde, dass sich die jungen Arbeiterinnen in ihrer Freizeit (gerade nach dem Konsum von Alkohol) vor allem sexuell betätigen wür-

1962; ALEKSANDER JÓZEF MAJDA: Wychowanie seksualne dzieci i młodzieży. Poradnik dla nauczycieli, wychowawców i rodziców [Sexualerziehung von Kindern und Jugendlichen. Ein Ratgeber für Lehrer, Erzieher und Eltern], Warszawa 1961; HANNA MALEWSKA, HALINA ZALESKA: Poglądy rodziców na wychowanie seksualne dzieci [Die Einstellungen von Eltern zur Sexualerziehung der Kinder], in: *Problemy Rodziny* (1963), 6, S. 37-41; WANDA KOBYLECKA, ANDRZEJ JACZEWSKI: O dziewczętach dla dziewcząt. O dojrzewaniu i dorastaniu [Über Mädchen für Mädchen. Über die Pubertät und das Heranwachsen], Warszawa 1967.

²³ Wydział Organizacyjny: KW Katowice, VI Konferencja 1957 [Organisationsabteilung: Woiwodschaftskomitee Kattowitz, VI. Konferenz 1957], in: *Archiwum Akt Nowych*, Warszawa (AAN) [Archiv Neuer Akten, Warschau], Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej (KC PZPR), Sign. 237/VII-2946, Bl. 272.

²⁴ Ebenda, Bl. 273.

²⁵ DARIUSZ JAROSZ: Wybrane problemy kultury życia codziennego kobiet pracujących w Nowej Hucie w latach pięćdziesiątych XX wieku [Ausgewählte Probleme der alltäglichen Lebenskultur arbeitender Frauen in Nowa Huta in den 1950er Jahren], in: ANNA ŻARNOWSKA, ANDRZEJ SZWARC (Hrsg.): *Kobieta i kultura życia codziennego. Wiek XIX i XX*, Warszawa 1997, S. 405-420, hier S. 409; Vgl. auch KRZYSZTOF KOŚCIŃSKI: *Historia pijaństwa w czasach PRL. Polityka, obyczaje, szara strefa, patologie* [Die Geschichte der Trunkenheit in Zeiten der PRL. Politik, Sitten, Grauzonen, Pathologien], Warszawa 2008, S. 600.

²⁶ JAROSZ, *Wybrane problemy* (wie Anm. 25), S. 410.

den.²⁷ Auch in Dienststellen innerhalb der Partei gab es Hinweise auf „betrunken-erotische Exzesse“ (ekscesy pijacko-erotyczne).²⁸

Als Resultat wurde eine Generation junger Frauen geformt, die nicht dem alten Rollenmodell entsprachen und darüber hinaus ihre Sexualität intensiver auslebten, was mitunter zu ungewollten Schwangerschaften führte.²⁹ Diese Frauen sahen sich aufgrund ökonomischen Drucks zur Abtreibung gezwungen, denn sie mussten befürchten, dass im Zuge der Schwangerschaft und nach der Geburt ihre Arbeitsstunden und somit auch ihr Gehalt reduziert werden würde; oder aber es drohte die Entlassung.³⁰ Somit waren ungewollte Schwangerschaften und deren Verhinderung ein weit verbreitetes Problem in der Nachkriegsgesellschaft, zumal es in den frühen Jahren der Volksrepublik an effektiven Verhütungsmitteln fehlte. Diese Entwicklungen sowie ihre gesellschaftlichen und auch juristischen Auswirkungen lassen sich jedoch deutlich länger zurückverfolgen.

Die polnische Rechtsprechung bezüglich Abtreibungen bis 1956

Bereits in der Zwischenkriegszeit war es immer wieder zu Vorfällen gekommen, in denen Frauen unerlaubt abtreiben ließen³¹. Die polnische Rechtsprechung zu Schwangerschaftsabbrüchen unterlag in dieser Zeit Veränderungen: Waren Abtreibungen nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1918 zunächst generell verboten gewesen, wurden mit der Einführung des neuen Strafrechts (des sogenannten *kodeks Makarewicza*) am 11. Juli 1932 Ausnahmen zugelassen: einerseits beim Vorliegen einer medizinischen Indikation, andererseits für den Fall, dass die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung, von Inzest oder des Beischlafs mit einer Minderjährigen (Mädchen in einem Alter bis einschließlich 14 Jahren) war. Unerlaubt Abtreibende mussten mit einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren rechnen (Art. 231), Beihilfe (durch Ärzte oder andere Personen) wurde mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft (Art. 232), und eine Abtreibung ohne Zustimmung der Frau gar mit bis zu zehn Jahren (Art. 234).³² Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im

²⁷ FIDELIS, *Młode robotnice* (wie Anm. 11), S. 461 f.

²⁸ Vgl. KOSIŃSKI (wie Anm. 25), S. 74 ff.

²⁹ FIDELIS, *Women* (wie Anm. 13), S. 180 ff.

³⁰ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 133 ff.

³¹ EDWARD CIUPAK: *Kult religijny i jego społeczne podłoże. Studia nad katolicyzmem polskim* [Der religiöse Kult und seine gesellschaftlichen Grundlagen. Studien zum polnischen Katholizismus], Warszawa 1965, S. 248. Unverheiratete Frauen waren von solchen Eingriffen besonders häufig betroffen, denn ein uneheliches Kind führte auf dem Land zu einer lebenslangen Stigmatisierung; ebenda, S. 260.

³² <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19320600571/O/D19320571.pdf> (08.12.2018). Vgl. AGATA IGNACIUK: *Abortion Debate in Poland and its Representation in Press*, Łódź 2007, S. 36; ANDRZEJ KULCZYCKI: *Abortion Policy in Postcom-*

„Gesetz über den Ärzteberuf vom 28. Oktober 1950“ die Regelungen aus dem Strafgesetzbuch von 1932 bestätigt (Art. 16).³³ Diese Handhabung sowie die Ausnahmen entsprachen ferner der sowjetischen Gesetzgebung von 1936.³⁴

Die Konsequenz aus diesen Beschränkungen waren illegale Eingriffe, die ein allgegenwärtiges Phänomen darstellten.³⁵ Die verantwortlichen Stellen innerhalb der Partei wie z. B. die Frauensektion beim ZK der PZPR gingen noch 1952 davon aus, dass durch den Ausbau des Gesundheitssystems, etwa durch staatliche Geburtshäuser, das „Königreich der ‚Großmütterchen‘ und Quacksalber [królestwo ‚babek‘ i znachorów] auf dem polnischen Lande“ zu Ende gehen werde.³⁶ Jedoch zeigte sich in den folgenden Jahren, dass diese Einschätzung nicht zutraf: Allein 1955 hatten die staatlichen Krankenhäuser mehr als 80 000 Frauen wegen Nachwirkungen von Aborten behandelt. Nicht immer lässt sich mit Sicherheit sagen, ob es sich stets um einen illegalen Eingriff gehandelt hat, denn auch spontane Aborte wurden hierunter subsumiert. Im Jahre 1956 schätzte das Gesundheitsministerium die Zahl illegaler Eingriffe auf 300 000 pro Jahr.³⁷

Der Stein des Anstoßes: Die Liberalisierung der Abtreibungen 1956

Um dieser Situation Herr zu werden, stieß die Parteiführung eine Gesetzesnovellierung an, die sich an eine kurze Zeit zuvor erfolgte Liberalisierung in den anderen sozialistischen Staaten, vor allem in der Sowjetunion, anlehnte. Zugleich wurde dieses Thema auch zum Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Ein entscheidender Moment war die am 11. November 1955 landesweit im Rundfunk übertragene Diskussionsrunde zur Liberalisierung von Abtreibungen, mit der die öffentliche Debatte angefacht wurde. Insbesondere Frauen aus ländlichen und kleinstädtischen Milieus, die von illegalen Abtreibungen besonders häufig betroffen waren, versuchten in der Folgezeit, durch offene

munist Europe. The Conflict in Poland, in: *Population and Development Review* 21 (1995), 3, S. 471-505, hier S. 474.

³³ <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19500500458/O/D19500458.pdf> (08.12.2018).

³⁴ BARBARA KLICH-KLUCZEWSKA: Unzüchtiger Realsozialismus. Prostitution in der Volksrepublik Polen, in: *Osteuropa* 56 (2006), 6, S. 302-317, hier S. 323.

³⁵ Einblick in einen gut dokumentierten Fall in der Nähe von Kraków gewährt DIES.: *Przypadek Marii spod Bochni. Próba analizy mikrohistorycznej procesu o aborcję z 1949 roku* [Der Fall der Maria aus der Gegend von Bochnia. Der Versuch einer mikrohistorischen Analyse eines Abtreibungsprozesses aus dem Jahre 1949], in: *Rocznik Antropologii Historii* (2012), 1, S. 195-209.

³⁶ Zitiert nach CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 119.

³⁷ FIDELIS, *Women* (wie Anm. 13), S. 192.

Briefe an verschiedene Tageszeitungen und Frauenzeitschriften auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen, und traten für eine Liberalisierung ein.³⁸

Die Diskussionen zeigten, wie sehr die Gesellschaft gespalten war – eine Beobachtung, die auch heute noch zutrifft: Katholische Kreise lehnten unisono eine Liberalisierung ab, da in ihrem Verständnis der Eingriff einem Mord gleich. Publizisten wie Edward Bury sahen die Liberalisierung ferner als einen Grund für die Krise der Institution Ehe, da sexuelle Kontakte – insbesondere unter jungen Menschen sowie außerhalb der Ehe – leichtfertiger eingegangen würden. Die katholische Zeitung *Tygodnik Powszechny* sah für den Fall einer Bewilligung des Gesetzes die Gesellschaft vor der enormen Aufgabe stehen, mittels Aufklärung und Verhütung die Anzahl der Eingriffe zu minimieren.³⁹

Die Debatten im Sejm spiegelten die Gräben in der polnischen Gesellschaft wider: Katholische Kreise vertraten traditionelle Ansichten, indem sie Ehe, den Kinderreichtum von Familien sowie sexuelle Enthaltsamkeit und christliche Moral betonten. So argumentierte etwa der Abgeordnete Jan Dobraczyński, dass die Liberalisierung nicht etwa die Anzahl von Frauen, die im Zusammenhang mit einer Abtreibung starben, verringern werde, sondern dass es im Gegenteil mehr Eingriffe und deswegen auch mehr geschädigte Frauen geben werde. Verteidiger, vor allem jedoch Verteidigerinnen der Neuregulierung betonten, dass die Entscheidung bei den Frauen liegen müsse und das Gesetz keinen Zwang zur Abtreibung darstelle.⁴⁰

Schließlich stimmte im April 1956 der Sejm mehrheitlich für das neue Gesetz, das die bisher gültigen Indikatoren für einen Eingriff um soziale Faktoren erweiterte, wie etwa die Wohn- und Lebensverhältnisse oder die Anzahl der Kinder.⁴¹ Problematisch war in diesem Zusammenhang, dass es keine eindeutige Definition der Beschreibung „schwierige Lebensverhältnisse“ („trudne warunki życiowe“) gab, die somit sehr weit ausgelegt werden konnten. Die betroffenen Frauen mussten diese Umstände durch verschiedene Dokumente, so etwa durch Schreiben der Blockkomitees, von Ärzten oder Beamten, belegen.⁴²

³⁸ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 143 f.

³⁹ Ebenda, S. 137 ff.

⁴⁰ Ebenda, S. 147, 152 f.

⁴¹ Vgl. u. a. FIDELIS, Women (wie Anm. 13), S. 190.

⁴² CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 159, 164.

PZPR und katholische Kreise als Antipoden in den Auseinandersetzungen seit der Liberalisierung

Die Liberalisierung beunruhigte ein bestimmtes Segment der Bevölkerung besonders stark: Die Entscheidung des Parlaments führte zu entschiedenem Widerstand seitens der katholischen Kirche sowie katholischer Laienorganisationen. So schrieb etwa Kardinal Stefan Wyszyński an den Sekretär der Episkopats, Bronisław Dąbrowski, mit dem Verweis auf die seiner Ansicht nach „natürliche Rolle von Frauen“: „Das, was in der letzten [Sitzung des] Sejm[s] geschah, ist eine Ungeheuerlichkeit. Frauen, berufen, um Polen [neues] Leben zu geben, sprachen sich in den Kommissionen und im Plenum gegen die eigene angeborene und nationale Mission aus.“⁴³ Wyszyński initiierte Treffen mit Ärzten, um gegen die Gesetzesänderung zu agitieren, wie etwa im Dezember 1956. Dieser Sachverhalt kam während einer Sitzung im Politbüro im folgenden Jahr zur Sprache, während der es u. a. um die Auswirkungen der Gründung des TŚM und die Reaktion der katholischen Kirche ging.⁴⁴ In Flugblättern, wie etwa von der Bischofskurie von Posen, wurden die Belegschaften von Krankenhäusern und Ambulanzen dazu aufgerufen, die Eingriffe unter Berufung auf ihr Gewissen zu verweigern.⁴⁵

Somit ist es nicht verwunderlich, dass sich auch innerhalb der Ärzteschaft Widerstand gegen die neue Gesetzeslage regte: Frauen wurde bisweilen der Eingriff – trotz Erlaubnis durch die zuständige Kommission – verweigert. In einem Fall kam es sogar dazu, dass statt eines Eingriffs die zuständige Ärztin die betroffene Frau zu einem Priester schickte, der versuchte, durch die Androhung von Hölle und Fegefeuer auf deren Entscheidung Einfluss zu nehmen.⁴⁶

Auch mit wachsendem zeitlichem Abstand zur Entscheidung des Sejms nahm die Intensität der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Partei nicht ab. So urteilte etwa das Sekretariat der Sozialabteilung beim ZK der PZPR, dass eine „kirchliche Offensive“ gegen die bestehende Regulierung geführt werde, die neben Artikeln in der katholischen Presse vor allem die

⁴³ Zit. nach ebenda, S. 161.

⁴⁴ Wydział Socjalny KC: Notatka w sprawie powołania Towarzystwa dla rozwiązywania zagadnień świadomego macierzyństwa, 6 czerwca 1957 r. [Sozialabteilung des ZK: Notiz bezüglich der Einrichtung der Gesellschaft, die die Fragen der bewussten Mutterschaft lösen soll, 6. Juni 1957], in: AAN, KC PZPR, mkf 2830, Bl. 51.

⁴⁵ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 168. Eines der prominentesten Beispiele für ein solches Verhalten ist die katholische Ärztin Jolanta Massalska, die den Eingriff verweigerte und deswegen entlassen wurde. Bekannt wurde Massalska vor allem durch ihre Schriften zur Sexualerziehung. KATARZYNA JARKIEWICZ: „W obronie życia nienarodzonych“. Głos Kościoła i środowisk katolickich w debacie okołoaaborcyjnej w okresie Wielkiej Nowenny (1956-1966) [„In Verteidigung des Lebens der Ungeborenen“. Die Stimme der Katholischen Kirche und der katholischen Milieus während der Debatten um die Abtreibungen während der Großen Novene], in: Pamięć i Sprawiedliwość (2017), 1 (29), S. 137-176, hier S. 159.

⁴⁶ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 162 f., 166.

Ausübung moralischen Drucks auf Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen und Pharmazeuten umfasse. Innerhalb der Partei wurde kritisiert, dass der Klerus davon überzeugt sei, dass das Bevölkerungswachstum zu niedrig sei (obwohl es sich nach wie vor auf einem hohen Niveau bewege)⁴⁷; prominenter Vertreter der These, dass genügend Ressourcen für eine Bevölkerung von 60 bis 80 Millionen vorhanden seien und das Bevölkerungswachstum deswegen nicht gehemmt werden dürfe, war Kardinal Wyszyński.⁴⁸

In den Jahren 1959 und 1960 bezeichneten Vertreter der Kirche die geltende Regelung als „verbrecherisches Gesetz“, was insbesondere in an Ärzte gerichteten Propagandabroschüren wie etwa *Droga krzyżowa dla lekarza* [Der Kreuzweg für den Arzt] oder *Katechizm siostry katolickiej* [Der Katechismus der katholischen Schwester] kolportiert wurde. Diese wurden daraufhin seitens der Sozialpolitischen Sektion der Administrativen Abteilung beim ZK der PZPR als „scharf und brutal“ kritisiert; die Broschüren würden auf folgender Argumentation basieren:

„1.) Niemand hat das Recht, von Katholiken zu verlangen, ihre Pflicht auszuüben, wenn diese dem göttlichen Recht widerspricht[;] 2.) Die Regierung hat nicht nur ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, sondern ermutigt zum Schwangerschaftsabbruch, da sie keinen anderen Ausweg aus den aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten findet[;], 3.) Das Interesse Polens liegt nicht in der Begrenzung des natürlichen Bevölkerungswachstums, sondern im Gegenteil in dessen Propagierung, da Polen erst [mit einer Bevölkerung] von 80 Millionen als ein [starker] Staat in Europa zählen wird.“⁴⁹

Selbstkritisch merkten die Autoren der Sozialpolitischen Sektion jedoch an, dass es auch hinsichtlich der eigenen Politik an der Parteibasis zu Missverständnissen gekommen sei. So sei u. a. Unverständnis darüber geäußert worden, warum eine als bourgeoise verstandene Theorie (die Geburtenkontrolle) nun im sozialistischen Polen Anwendung finde, und ob es nicht in der Tat besser wäre, wenn die Einwohnerzahl Polens 80 Millionen betrüge.⁵⁰

⁴⁷ Sekretarz Komisji Socialnej KC PZPR: Notatka w sprawie: przeciwdziałania kościelnej akcji w dziedzinie świadomego macierzyństwa, 6. XI [19]59 r. [Notiz bezüglich: der Gegenmaßnahmen gegen die kirchliche Aktion im Bereich der bewussten Mutterschaft], in: AAN, KC PZPR, Sign. 237/XXVII-31, Bl. 197 ff.; knapp 13 % der polnischen Familien hatten mehr als vier Kinder. Vgl. Urząd ds. Wyzwań: Tezy do wykładu lektorskiego Klerikalny plan Millenium – „Rok Życia“ [Amt für Konfessionsfragen: Thesen zur Vorlesung: Der klerikale Plan für das Millenium – „Das Jahr des Lebens“] [1960], ebenda, Sign. 237/VIII-614, Bl. 82.

⁴⁸ Ebenda, Sign. 237/XXVII-31, Bl. 197 ff.

⁴⁹ Wydział Administracyjny, Sektor Społeczno-Polityczny: Informacja o szkolnych problemach laicyzacji życia społecznego w wojew. krakowskim w latach 1959-60, listopad 1960 r. [Administrative Abteilung, Sozialpolitischer Sektor: Informationen über die schulischen Probleme bei der Laizierung des gesellschaftlichen Lebens in der Woiwodschaft Krakau in den Jahre 1959-60, November 1960], ebenda, Sign. 237/XIV-175 [Mikrofilm B58490], Bl. 138.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 139.

Die PZPR sah sich seit der Liberalisierung immer wieder heftigen Attacken durch die kirchliche Hierarchie ausgesetzt. Besonders vehement wurde seitens der Partei der Vorwurf zurückgewiesen, dass die Regierung durch ihre Bevölkerungspolitik ein Verschwinden der Nation heraufbeschwöre.⁵¹ Das Festhalten an einem generellen Verbot aller Abtreibungen⁵² – auch bei medizinischer Indikation und Lebensgefahr für die Mutter – war aus Sicht der Parteifunktionäre, die sich etwa im Rahmen der Begutachtung von Seminaren und Vorlesungen in der Abteilung für Agitation und Propaganda mit den Beziehungen zwischen Staat und Kirche beschäftigten, ein Beleg für den „Antihumanismus und die reaktionäre Haltung“ der Kirche.⁵³

Trotz der aufgeheizten Stimmung und des scharfen Tons in der Auseinandersetzung gab es auch gemeinsame Positionen: So urteilte auch die Parteiführung, dass künstliche Abbrüche, und gerade auch deren massive Anwendung, weder für die betroffenen Frauen noch unter demografischen Gesichtspunkten die beste Lösung seien. Anzustreben sei vielmehr eine bessere Aufklärung und die Bereitstellung von Kontrazeptiva. Jedoch merkten 1960 die Autoren des Berichts über die Aktivitäten der Kirche während des „Jahres des Lebens“ an, dass man mit den „Realien der [gesellschaftlichen] Wirklichkeit“ umgehen müsse: dem niedrigen Kenntnisstand weiter Teile der Gesellschaft und den „Mängeln in der Kultur des Sexuallebens“. Sie resümierten, dass Verbote und Strafen keine geeigneten Mittel seien, um dieser Situation Herr zu werden, denn „eine Frau, die ein Kind nicht möchte, wird die Schwangerschaft abbrechen“; Verbote würden sie nur in die Illegalität treiben.⁵⁴

Neben den Auseinandersetzungen, die sich vor allem in der katholischen Presse und den Reaktionen der Machthaber widerspiegelten, war auch die Beratungsstelle *Ognisko*, in der katholische Ärzte zusammenarbeiteten, umstritten. Aus Sicht der Parteibehörden war sie eine der Institutionen, die maßgeblich die Gesetzeslage zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts sowie auch die Verbreitung von Kenntnissen über Empfängnisverhütung bekämpfte. Mit Argwohn wurde insbesondere beobachtet, dass die Vereinigung durch den Klerus unterstützt wurde, indem z. B. in Kirchen Aushänge deren Treffen ankündigten. Daher sollte die Warschauer Dependence von *Ognisko* aufgelöst werden, was jedoch auch zu heftiger Kritik des ZNAK⁵⁵-Mitglieds Stanisław

⁵¹ Ebenda, Sign. 237/VIII-614, Bl. 84.

⁵² Ironischerweise war es gerade eine sozialistische Regierung, die ab den 1970er Jahren in Rumänien ein generelles Verbot von Abtreibungen umsetzte. GAIL KLIEMAN: *The Policy of Duplicity. Controlling Reproduction in Ceausescu's Romania*, Berkeley u. a. 1998.

⁵³ Urząd ds. Wyzwań (wie in Anm. 47) unpag. [Bl. 79v]. Betont wurde zudem die einzigartige Verweigerungshaltung der katholischen Kirche im Bereich der Familienplanung, die es so weder in der methodistischen, lutherischen und anglikanischen Kirche noch bei den meisten Rabbinern geben würde. Ebenda, unpag. [Bl. 82v].

⁵⁴ Ebenda, Bl. 80.

⁵⁵ Bei dem Abgeordnetenkreis „ZNAK“ (Koło Posielskie „ZNAK“) handelte es sich um eine katholische Laienorganisation sowie einen Parlamentsklub des Sejms, um den

Stomma führte. Um die Position von „fortschrittlichen Katholiken“ bei Gesprächen mit dem Episkopat Ende März 1960 nicht zu gefährden, empfahl der stellvertretende Leiter der Administrativen Abteilung⁵⁶ beim ZK, Władysław Nieśmiałek, von Maßnahmen zur Schließung der Vereinigung abzusehen.⁵⁷

Der katholische Abgeordnetenkreis richtete Ende der 1960er Jahre eine Anfrage an die Regierung und das Gesundheitsministerium, die sich auf die Novellierung des Strafgesetzbuches bezog und insbesondere die Frage einer Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs thematisierte. Hier spielten sowohl demografische als auch moralische Faktoren eine Rolle. Skeptisch betrachteten die Mitglieder von ZNAK die „völlige Freiheit der Frau“ bei der Entscheidung zum Eingriff, was ihrer Ansicht nach zwangsläufig zu Missbrauch führen werde. Daher schlugen sie eine Beschränkung der Faktoren vor, die einen Abbruch erlaubten.⁵⁸

Diesem Ansinnen widersprach der Gesundheitsminister Jan Kostrzewski energisch und betonte, dass „eine der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes die Einräumung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau“ sei. Er verteidigte die Gesetzeslage als fortschrittlich und verwies darauf, dass der Anteil der Aborte, die außerhalb von Krankenhäusern stattfinden, deutlich gesunken sei. Wie andere Verantwortliche bediente auch er sich der Argumentation, dass „[wie] die Erfahrung lehrt, die Anwendung von Verboten und Zwang zur Herausbildung von illegalen Verfahrensweisen und moralischen wie biologischen Schäden [führt]. Die Aberkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau würde zu Konflikten führen, die den Sinn des Gesetzes verzerren würden.“ Der Minister verwies darauf, dass die geburtenstarken Jahrgänge 1950-1960 demnächst im reproduktionsfähigen Alter seien, somit von einem angeblichen „Aussterben der Nation“ keine Rede sein könne. Abschließend fasste er zusammen, dass das Ministerium die richtige Richtung in der „Forcierung der Familienplanung, [der Aufklärung über die] Schädlichkeit von Abtreibungen durch die Gesundheitsbehörden und soziale Organisationen sowie der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Untersuchungen

sich „fortschrittliche“ katholische Parlamentarier gruppierten. Vgl. ANDRZEJ FRISZKE: *Koło posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957-1976* [Der Abgeordnetenkreis „Znak“ im Sejm der VRP 1957-1976], Warszawa 2002.

⁵⁶ Bei der Administrativen Abteilung beim ZK der PZPR handelte es sich um eine zentrale Koordinationsstelle innerhalb des Parteiapparats. Insbesondere oblag ihr die Korrespondenz und Koordination mit den Woiwodschaftskomitees.

⁵⁷ Wł. Nieśmiałek: *Notatka w sprawie Spółdzielni Pracy „Ognisko” zrzeszającej [sic!] lekarzy katolików* [Notiz hinsichtlich der Arbeitsgenossenschaft „Ognisko“, in der katholische Ärzte zusammengeschlossen sind], 04.03.1960, in: AAN, KC PZPR, Sign. 237/XIV-198, Bl. 13 ff.

⁵⁸ Vgl. Abgeordnetenkreis „ZNAK“: *Brief an den Justizminister der Volksrepublik Polen*, 14.03.1969, ebenda, Sign. 237/XIV-372, Bl. 36 ff. Bei den Unterzeichnenden handelte es sich um Konstanty Łubieński, Stanisław Stomma, Janusz Zabłocki, Jerzy Zawieyski sowie Tadeusz Mazowiecki. Ebenda, Bl. 38.

im Bereich der Verhütung von ungewollten Schwangerschaften und ihrer Umsetzung in der Praxis“ eingeschlagen habe.⁵⁹

Der Frage des Bevölkerungswachstums nahm sich Ende der 1960er Jahre auch die Administrative Abteilung an. Statistische Erhebungen zeigten, dass sich die demografische Lücke, die der Zweite Weltkrieg gerissen hatte, allmählich schloss. Als ein Grund wurde die erfolgreiche Aufklärung durch den TŚM gesehen, da in den zehn Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1957 mehr als 97 000 Patientinnen beraten worden seien und die Zahl der Abtreibungen rückläufig sei.⁶⁰

Grundlegend hielten die Verantwortlichen der Sozialabteilung beim ZK der PZPR jedoch fest, dass es eine große Nachfrage nach Eingriffen gebe, die sogar so weit gehe, dass in den Spitälern nicht genügend freie Betten zur Verfügung stünden. Es dominierten Eingriffe aufgrund von sozialer Indikation⁶¹, so z. B. 1957 in Łódź zu 92 Prozent; im Falle der Woiwodschaft Olzstyn waren hingegen nur 55 Prozent der Eingriffe sozial begründet, 45 Prozent hingegen medizinisch.⁶² Die oben zitierten Erfolge des TŚM lassen sich in den Statistiken des Gesundheitsministeriums nicht ablesen, stattdessen ist eine deutliche Entwicklung hin zu vermehrten Abtreibungen für den Zeitabschnitt 1957-1966 zu erkennen: So wurden 1957 121 742 Eingriffe registriert, bis 1962 stieg diese Zahl auf knapp 271 000, bevor sie danach langsam zu sinken begann. Dennoch wurden im Jahre 1966 landesweit immer noch mehr

⁵⁹ Minister Zdrowia i Opieki Społecznej[: Brief an den Abgeordnetenkreis ZNAK, Mai 1969], ebenda, Bl. 33 f.

⁶⁰ Wydział Administracyjny: Brief an den Genossen Władysław Wicha, 04.11.1967, ebenda, Sign. 237/XIV-398, Bl. 12. Das TŚM wurde 1970 in „Gesellschaft für Familienplanung“ (Towarzystwo Planowania Rodziny, TPR) umbenannt, und seine Aufgabenbereiche wurden erweitert. Diese umfassten nicht mehr nur die Beratung von werdenden Müttern, sondern verstärkt auch die Familienplanung sowie Beratung von Familien bzw. Ehepaaren, demografische Fragen und Sexualerziehung. Vgl. Wydział Administracyjny: Notatka w sprawie Zjazdu Towarzystwa Świadomego Macierzyństwa [Notiz zur Frage der Gesellschaft für bewusste Mutterschaft], 11.02.1970, ebenda, Bl. 20.

⁶¹ Wydział Socjalny KC: Notatka (wie Anm. 44), Bl. 50 f. Bereits im Frühjahr 1956, d. h. noch vor der Liberalisierung des Gesetzes, hatten zahlreiche Frauen Briefe mit der Forderung nach Legalisierung von Abtreibungen an die Medien und das Parlament geschickt. FIDELIS, Women (wie Anm. 13), S. 196.

⁶² Stanisław Nowak: Notatka w sprawie organizacji i przebiegu akcji świadomego macierzyństwa sporządzona w oparciu o wyniki inspekcji przeprowadzonych przez Zespół Inspektorów w 8-miu województwach i 4-ch miastach szczebla wojewódzkiego [Notiz bezüglich der Organisation und Durchführung der Aktion der bewussten Mutterschaft, durchgeführt in Anlehnung an die Ergebnisse der Inspektionen, die durch die Arbeitsgruppe der Inspektoren in acht Woiwodschaften und vier Städten auf Woiwodschaftsebene durchgeführt wurden], 18.03.1958, in: AAN, Ministerstwo Zdrowia [MZ], Sign. 644/3/17, Bl. 187.

als 222 000 Abtreibungen durchgeführt.⁶³ Diese Entwicklung lässt sich damit erklären, dass einerseits immer mehr Frauen von ihrem Recht, einen Eingriff durchführen zu lassen, Gebrauch machten, da die Verfahrensweise – auch durch Verordnungen des Ministeriums für Gesundheit – vereinfacht worden war. Andererseits lag diese Situation in der schlechten Versorgungslage mit Kontrazeptiva begründet⁶⁴, die bis zum Ende der Volksrepublik nicht überwunden werden konnte.

Zugleich zeigten die Statistiken, dass zwar einerseits die Anzahl der Lebendgeburten von 599 500 im Jahre 1962 auf 524 900 im Jahre 1968 zurückgegangen, andererseits aber die Zahl der Abbrüche bis ins Jahr 1968 auf 155 000 gesunken war. Die Berechnungen ließen sich so interpretieren, dass 1968 das Absinken des Bevölkerungswachstums bereits deutlich gebremst worden war.⁶⁵

Wie sehr sich die Auseinandersetzungen um dieses delikate Thema unter Jugendlichen, die für das zukünftige Reproduktionspotential von elementarer Bedeutung waren, niederschlugen, zeigen Erhebungen aus den 1960er Jahren, die das Meinungsforschungsinstitut Ośrodek Badania Opinii Publicznej (OBOP) vornahm und die der Abteilung für Propaganda und Agitation der PZPR vorlagen. Diese spiegeln ein relativ liberales Bild wider: Demnach waren unter denjenigen Befragten, die sich als katholisch bezeichneten, 68,7 Prozent nicht bereit, eine Abtreibung zu verdammen.⁶⁶ Hier spielte neben dem Geschlecht und der ideologischen Einstellung vor allem die soziale Herkunft bzw. das Bildungsniveau eine Rolle: So waren es vor allem junge Menschen mit höherem Bildungsabschluss, die eine Abtreibung verurteilten, während unter den Befragten mit anderen Abschlüssen der Anteil etwas geringer

⁶³ Wydział Administracyjny: Liczba zabiegów przerywania ciąży w szpitalach i ambulatoriach w Polsce za lata 1957-1966 [Administrative Abteilung: Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern und ambulanten Stationen in den Jahren 1957-1966], 27.05.1967, in: AAN, KC PZPR, Sign. 237/XIV-398, Bl. 6.

⁶⁴ AGATA IGNACIUK: Reproductive Policies and Women's Birth Control. Practices in State-Socialist Poland (1960s-1980s), in: LUTZ NIETHAMMER, SILKE SATJUKOW (Hrsg.): „Wenn die Chemie stimmt...“. Geschlechterbeziehungen und Geburtenkontrolle im Zeitalter der „Pille“, Göttingen 2016, S. 305-328, hier S. 311. 1977 gaben nur 7 % der Befragten einer nationalen Umfrage zur Familie an, dass sie die Pille nutzen würden, 15 % verwendeten Präservative und 2 % Spiralen. Die häufigste Verhütungsmethoden waren die Kalendermethode sowie der *koitus interruptus*. Vgl. KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 477.

⁶⁵ Wydział Administracyjny: Notatka w sprawie projektu odpowiedzi Ministra ZiOS na interpelację posłów z Koła Poselskiego „Znak” [Notiz bezüglich des Entwurfs der Antwort des Ministers für Gesundheit und Sozialfürsorge auf die Anfrage der Abgeordneten des Abgeordnetenkreises „Znak“], 31.05.1969, in: AAN, KC PZPR, Sign. 237/XIV-372, Bl. 30.

⁶⁶ Maria Szaniawska: Światopogląd młodzieży na podstawie materiałów i elaboratu Zofii Skórzyńskiej [Die Weltanschauung der Jugendlichen auf Basis der Materialien und der Ausarbeitung von Zofia Skórzyńska] [1960], ebenda, Sign. 237/VIII-627, Bl. 229.

war.⁶⁷ Diese Beobachtung lässt sich bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgen, denn es waren bereits damals eher Frauen aus der Unter- und der Mittelschicht, die einen (damals) illegalen Eingriff durchführen ließen. Frauen aus der Oberschicht hingegen hatten bereits zu dieser Zeit das Wissen und die Möglichkeiten, um zu verhüten, somit können in diesem Bereich Parallelen angenommen werden.

Die Statistiken und Prognosen aus den 1960er Jahren, die andeuteten, dass sich die Anzahl der Abtreibungen verringern werde, nahmen den Diskussionen um die Zulassung von Schwangerschaftsabbrüchen jedoch nicht ihre Schärfe, stattdessen intensivierten der Klerus und katholische Laienorganisationen Ende der 1960er Jahre ihre Bemühungen, die Regierung zu einer Einschränkung der Regelung zum künstlichen Schwangerschaftsabbruch zu bewegen.⁶⁸ 1970 richtete die Bischofskonferenz ein Memorandum an die Regierung und verwies (wiederum) auf die ihrer Ansicht nach existierende biologische Bedrohung der Nation.⁶⁹

Das Episkopat, besonders jedoch Kardinal Wyszyński, bekam dabei auch Unterstützung aus der Bevölkerung, wie Dokumente aus den frühen 1970er Jahren zeigen: Eine studentische Pilgergruppe teilte dem Primas mit, dass sie gegen die „Legalisierung der Ermordung von ungeborenen Kindern“ sei und eine Kollekte in Höhe von 8253 Złoty zusammengetragen habe, die für die Errichtung eines Hauses für werdende Mütter (Dom Matki) gespendet werde. Weiter hieß es in dem Schreiben, dass „wir dieses bescheidene Geschenk als einen Teil unseres Beitrages zur moralischen Gesundung der Nation ansehen“.⁷⁰

Für 1972 lassen sich Eingaben an den Sejm nachweisen, die auf eine Streichung des Gesetzes abzielten. Stattdessen sollte ein „Gesetz zum Schutz des ungeborenen Kindes“ (Ustawa o ochronie życia dziecka nienarodzonego) verabschiedet werden. Wie in anderen Dokumenten des (heutzutage so genannten) Pro-Life-Lagers im kommunistischen Polen wurde auch hier mit dem „moralischen Empfinden“ („odczucie moralne“) der Gesellschaft sowie mit einer „Lücke in der Lebenssubstanz der Nation“ („wyłom [...] w żywej substancji Narodu“) argumentiert.⁷¹

⁶⁷ Ebenda, Bl. 231.

⁶⁸ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 181.

⁶⁹ STAŃCZAK-WIŚLICZ (wie Anm. 14), S. 64 f. Vgl. MIROSLAW KOSEK: Troska o małżeństwo i rodzinę w memoriałach Episkopatu Polski do rządu w latach 1970-1978 [Die Sorge um Ehe und Familie in den Memoranden der Polnischen Bischofskonferenz an die Regierung in den Jahren 1970-1978], in: Studia Płockie (2010), 38, S. 259-269, hier S. 260 ff.

⁷⁰ Kierownik grupy [Gruppenleiter] T. Uszyński: Brief an Kardinal Stefan Wyszyński, August 1972, in: AAN, Urząd ds. Wyzwań [UdsW], Sign. 1587/127/271, Bl. 21.

⁷¹ Brief an den Sejmarschall, 22.12.1972, mit Anhang: Przyczyny i cele petycji [Ursachen und Ziele der Petition], ebenda, Bl. 22.

Obwohl noch nicht erforscht ist, wie Sejm und Partei auf diese Vorstöße reagierten, lässt sich zeigen, dass es auch innerhalb der PZPR zu einer Neubewertung der Lage kam. Obwohl die Partei lange Zeit den Forderungen des Klerus nach einer Förderung des Bevölkerungswachstums ablehnend gegenübergestanden hatte, beurteilte gegen Ende der 1970er Jahre auch die Administrative Abteilung die „Tendenz der Dominanz von Familien mit einem oder zwei Kindern“ als „beunruhigend“. Wie die Kirche, so sah auch die Partei Handlungsbedarf, um die „biologische Entwicklung der Nation“ positiv zu beeinflussen: So sei es notwendig, die sozio-ökonomischen und kulturellen Nöte der „zeitgenössischen Familie“ zu beseitigen. Dies betraf vor allem Frauen, die berufstätig waren. Um die „gesellschaftlichen Interessen“ zu wahren, sei es ferner notwendig, die Gesetzeslage zur Abtreibung – trotz rückläufiger Zahlen zwischen 1962 und 1977 – wortgetreu anzuwenden, was einen Verzicht auf die Durchführung von Eingriffen in privaten Praxen einschloss.⁷²

Das Absinken des Bevölkerungszuwachses nur auf die liberalen Richtlinien beim Schwangerschaftsabbruch zurückzuführen, wie es der Klerus tat, greift jedoch zu kurz, wie Erhebungen aus der Mitte der 1970er Jahre zeigen: Diese belegen, dass sich die polnische Gesellschaft beim Kinderwunsch westlichen Mustern, d. h. der Tendenz zu einer Klein- bzw. Kernfamilie, angenähert hatte. So sahen knapp 60 Prozent der jungen Eltern zwei Kinder als ideal an; 27,8 Prozent hingegen drei Kinder.⁷³

In den 1970er Jahren erhielten die Auseinandersetzungen eine neue Qualität, als sich das Polnische Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Familie (Polski Komitet Obrony Życia i Rodziny, PKOŻR) gründete. Von Bedeutung war ferner die immer häufiger anzutreffende Verwendung des Begriffs „empfangenes Kind“ („rozpoczęte dziecko“) anstelle der „Leibesfrucht“ („plód“).⁷⁴ In ihren Aufrufen wandte sich das Komitee an alle „ehrlichen Polen“, deren Ziel es sein sollte, die bisherige Gesetzgebung in Frage zu stellen. In allen „zivilisierten Gesellschaften“ sei der Wert des Lebens am höchsten, und die Autoren verurteilten das angebliche „Völkermordgesetz“ („ludobójcze prawo“). Argumentierten die Befürworterinnen und Befürworter der Liberalisierung 1956 mit dem Wohle der Mutter, behaupteten die (in der Mehrzahl männlichen) Autoren des Komitees genau im Gegenteil, dass „in

⁷² Wydział Administracyjny: Informacja w sprawie działań na rzecz ochrony i rozwoju rodziny [Administrative Abteilung: Information hinsichtlich der Frage der Maßnahmen hinsichtlich des Schutzes und der Entwicklung der Familie], 17.06.1978, in: AAN, KC PZPR, Sign. 1354/XI-970, Bl. 120 ff.

⁷³ Ministerstwo Pracy, Płac i Spraw Socjalnych: Informacja w sprawie dalszego polepszenia warunków życia młodych małżeństw i rodzin [Ministerium für Arbeit, Löhne und Soziale Angelegenheiten: Information hinsichtlich der Frage der weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen für junge Ehepaare und Familien], Dezember 1977, ebenda, Bl. 56.

⁷⁴ Polski Komitet Obrony Życia i Rodziny: Deklaracja wstępna [Polnisches Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Familie: Einleitende Erklärung], 1977, in: AAN, UdsW, Sign. 1587/127/271, Bl. 1 f.

Wirklichkeit die Effekte des Abbruches Tausende, Millionen Frauen unglücklich“ machen würden, „die keine Kinder bekommen können und die Gewissensbisse plagen, es gibt eine Demoralisierung der Gesellschaft und ein Auseinanderbrechen der Nationen.“⁷⁵ Verantwortlich für diesen „Anschlag auf das Leben“ („zamac na życie“) sei eine „internationale antimenschliche Mafia“. Um dieser „Mafia“ – an einer anderen Stelle wird sie als „neomalthusianische Internationale“⁷⁶ bezeichnet – und ihrem Plan einer „erzwungenen allgemeinen Euthanasie“ („przymusowa, powszechna eutanazja“) Einhalt zu gebieten, sei es notwendig, Maßnahmen zur Selbstverteidigung zu ergreifen. Nach Schätzungen des Komitees seien 800 000 Polen durch die Abtreibungen nicht geboren worden.⁷⁷ Gerade dieses Argument der Vernichtung der Nation wurde vom Komitee vielfach wiederaufgenommen und u. a. mit der nationalsozialistischen Massenvernichtung im Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt.⁷⁸

Um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, wandte sich das Komitee Ende 1977 mit einer Eingabe, die durch mehr als 3 000 Unterschriften unterstützt wurde, an den Sejm und forderte die Novellierung des Gesetzes. Kritisiert wurde in dieser Eingabe nicht nur, dass das bisherige Gesetz die „straffreie Tötung von unschuldigen und wehrlosen ungeborenen Kindern“ ermögliche, sondern dass es zudem „unsere Moral und unsere Nation“ auflöse und zusätzlich noch den Ärzten erlaube, ein Honorar für die Tötung zu anzunehmen.⁷⁹

Trotz massiver Angriffe seitens katholischer Kreise und Versuchen, auf Ärzteschaft und Krankenschwestern Einfluss zu nehmen, und ungeachtet aller Bemühungen der staatlichen Stellen um eine verbesserte Aufklärung gehörten Abtreibungen vor allem wegen qualitativer und quantitativer Mängel an Kontrazeptiva in der Volksrepublik Polen zum Alltag.⁸⁰ Erst das Ende des

⁷⁵ Polski Komitet Obrony Życia i Rodziny: Odezwa do wszystkich uczciwych Polaków! [Polnisches Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Familie: Aufruf an alle ehrlichen Polen!], 28.12.1977, ebenda, Bl. 4.

⁷⁶ Ebenda, Bl. 7. Hierzu wurden der Club of Rome sowie die International Planned Parenthood Federation mit seinen polnischen Ablegern TSM bzw. TPR gezählt; ebenda, Bl. 8.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 4 f.

⁷⁸ Tajny plan hitlerowski zniszczenia narodów polskiego i rosyjskiego [Der geheime hitleristische Plan zur Vernichtung der polnischen und russischen Nationen], ebenda, Bl. 11.

⁷⁹ Dr. Tadeusz Dworak: Odpis [Abschrift], 21. 12.1977, ebenda, Bl. 15. Im Verlauf dieses Konvoluts zur Aktivität des Komitees sind immer wieder Fehler zu finden, etwa bei der Doppelung von Namen und Adressen. Ebenda, Bl. 17.

⁸⁰ Die in der Forschung verwendeten Zahlen über die registrierten Aborte (spontane sowie medizinische) unterscheiden sich je nach Publikation. IGNACIUK, Reproductive Policies (wie Anm. 64), S. 311, gibt für das Jahr 1959 790 000 und für 1970 520 000 Eingriffe an. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Zahl der illegalen Eingriffe aufgrund der liberalen Bestimmungen seit 1956 gering blieb und die Zahlen des Gesundheitsministeriums daher verlässlich sind. Vgl. Anm. 65.

Kommunismus und der Beginn der Transformation führten zu einschneidenden Veränderungen, bei denen die katholische Kirche eine wichtige Rolle spielte.⁸¹

Die Debatten um Abtreibungen zu Beginn der 1990er Jahre

Im Zuge der zunehmenden Erosion des Machtmonopols der PZPR in den 1980er Jahren sahen die katholischen Organisationen eine Chance, ihre seit Langem feststehende Agenda in geltendes Recht umzusetzen. So richtete 1987 – als das Ende der Herrschaft der PZPR noch nicht vollständig absehbar war – der Stettiner Klub der Katholiken (Szczeciński Klub Katolików) auf seiner Generalversammlung einen Aufruf an den Premierminister, den Gesundheitsminister sowie an die Abgeordneten des Sejms. Eine der zentralen Thesen – ähnlich wie in den Memoranden der Bischofskonferenz aus den 1970er Jahren – lautete, dass das bisherige Gesetz eine „Gefahr für die christlichen Wurzeln der Nation sowie für deren moralische wie biologische Existenzgrundlage“ bedeute. Dabei berief sich der Klub auf internationale Abkommen (u. a. die UN-Resolution vom 9. Dezember 1948 zur Ächtung von Völkermord⁸²) und führte damit die Gleichsetzung von Abtreibungen mit der planmäßigen Vernichtung der polnischen Nation, wie sie etwa das Polnische Komitee zum Schutz des Lebens und der Familie in den 1970er Jahren postuliert hatte, fort.

Wie in den vorangegangenen Auseinandersetzungen wurde auch hier die Anerkennung des Persönlichkeitsrechts des „empfangenen (bzw. ungeborenen) Kindes“ betont. Aus dieser Argumentation folge, so die Autoren des Stettiner Klubs, dass jeder künstliche Abbruch – da es sich hierbei um die Vernichtung eines menschlichen Individuums handle – widerrechtlich sei und somit bestraft werden müsse. Sie beriefen sich auf den „objektiven wissenschaftlichen Fakt, dass das Leben des menschlichen Individuums im Moment der Befruchtung“ beginne. Neben wissenschaftlichen Begründungen für die Ablehnung der aktuellen Gesetzeslage führte die Gruppe aber auch religiöse Motive an: „Als Katholiken unterstreichen wir mit Nachdruck, dass ein künstlicher Abort eine bewusste Übertretung des fünften Gebotes ‚Du sollst nicht töten!‘ ist. Der künstliche Abort ist ein Mord mit Vorsatz, um einen kalkulierten Nutzen zu erzielen. Nichts und niemand kann das Wesen des künstlichen Aborts ändern.“⁸³

⁸¹ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 481.

⁸² Insbesondere Artikel II: „In the present Convention, genocide means any of the following acts committed with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such: [...] Imposing measures intended to prevent births within the group“. URL: <http://www.un-documents.net/a3r260.htm> (20.12.2018).

⁸³ Szczeciński Klub Katolików: Wniosek o podjęcie inicjatywy ustawodawczej w sprawie zastąpienia przepisów legalizujących sztuczne poronienia ustawą o ochronie rodzielstwa [Stettiner Klub der Katholiken: Antrag über die Aufnahme einer Gesetzesini-

Die halbfreien Wahlen im Juni 1989 sorgten für eine massive Machtverschiebung: Im wiedererrichteten Senat dominierten die Senatoren der *Solidarność*, und im September 1989 wurde mit Tadeusz Mazowiecki der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident in der Geschichte der PRL gewählt, der zudem aus den Reihen des Abgeordnetenkreises ZNAK sowie des Klubs der Katholischen Intelligenz (Klub Inteligencji Katolickiej, KIK) stammte.

Im April 1990 informierte der Vorsitzende der Danziger Dependence des KIK seine Mitglieder darüber, dass die Arbeiten an einer Gesetzesänderung in zwei Kommissionen des Senats angelaufen seien. Die Initiative basierte auf einem Entwurf einer Expertenarbeitsgruppe des Episkopats. Der Sekretär des Vorstandes, W. Jaroszewicz, und der Leiter der Gesellschaft für verantwortungsvolle Elternschaft (*Towarzystwo Odpowiedzialnego Rodzicielstwa*, TOR), Jan Klawiter, zeigten sich in ihrer Mitteilung überzeugt, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis der Entwurf im Sejm debattiert werde. Sie sprachen sich dafür aus, aktiv auf die Abgeordneten einzuwirken, damit diese den Entwurf billigten, und waren der Ansicht, dass das Recht, „das es jedermann ermöglicht, über das menschliche Leben zu verfügen, ein Unrecht ist“. Zudem äußerten sie die Überlegung, den Bischof von Danzig für eine Aussprache mit den Abgeordneten zu gewinnen.⁸⁴ Im September 1990 beschloss der Senat einen Gesetzesentwurf, der als einzige Rechtfertigung für einen Schwangerschaftsabbruch die Gefährdung des Lebens der Mutter vorsah; zusätzlich sollten diesem Entwurf zufolge Verhütungsmittel wie Pille und Spirale verboten werden.⁸⁵

Der Warschauer KIK verfolgte ähnliche Vorstellungen wie die Gesetzesinitiative der Senatskommissionen und bediente sich der altbekannten Argumente katholischer Kreise. In einem Beschluss vom 21. März 1991 erklärte der Klub, dass das Recht auf Leben das grundlegendste Menschenrecht sei, und zwar „auf allen Etappen seines Lebens: vom Moment der Empfängnis bis zum Augenblick des natürlichen Todes. Von diesem Prinzip gibt und darf es keine Ausnahmen geben.“ Daher kam der Klub im Folgenden zu der Erklärung, dass auch das Kind, das durch ein Verbrechen (Vergewaltigung, Inzest) entstanden sei, das gleiche Recht auf Leben wie andere Kinder habe. Der Klub forderte nicht nur wegen des vermeintlich veralteten Gesetzes eine Neuregelung, sondern beklagte auch schwerwiegende Auswirkungen des Gesetzes von 1956, da es „zum Herausbilden von Einstellungen und Meinungen in der Gesellschaft geführt hat, die ernsthaft das Leben des empfangenen Kindes gefährden“. Zwar begrüßte der Klub, dass der Gesetzesentwurf es nicht vorsah, Frauen für einen Eingriff zu bestrafen; zugleich forderte er jedoch, dass

tiative bezüglich der Ersetzung der Vorschriften, die den künstlichen Abbruch legalisieren durch ein Gesetz zum Schutze der Elternschaft, in: AAN, Klub Inteligencji Katolickiej [KIK], Sign. 2212/333, Bl. 64 ff.

⁸⁴ Brief von W. Jaroszewicz und Jan Klawiter vom 23.04.1990, ebenda, Sign. 2212/11, unpag.

⁸⁵ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 483 f.

sich die Lebensumstände der Menschen deutlich verbessern müssten, denn das Gesetz allein würde das Problem nicht beseitigen.⁸⁶ Diese Erwartung war jedoch aufgrund der schwierigen politischen und sozioökonomischen Lage, in der sich Polen während des Transformationsprozesses befand, wenig realistisch. Es dauerte noch bis zum Ende der Dekade, bis sich die Lebensumstände allmählich besserten.

Die verschiedenen Initiativen zur Einschränkung des Rechts auf Abtreibung stießen, insbesondere bei feministischen Gruppen, jedoch auch den linken Parteien, auf Widerstand. Im September 1990 rief der Oberste Rat der aus der PZPR entstandenen Sozialdemokratie der Republik Polen (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej, SdRP) dazu auf, das weiterhin auf der Tagesordnung des Senats stehende Verbot von Abtreibungen zurückzunehmen. In seiner Stellungnahme kritisierte der Oberste Rat die Senatoren scharf für ihre „unrealistischen Versprechen, die niemand im Stande ist umzusetzen, und die aus den Frauen willenslose Geburtsmaschinen“ machen würden. Die SdRP brachte ein neues Element in die Debatte ein, indem sie die Autoren dieses „fatalen [niefortunny] Entwurfs“ zu einer öffentlichen Diskussion über die Gesetzesänderung aufrief, um den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen die Chance zu geben, Stellung zu beziehen.⁸⁷

Als Gegenentwurf zur Gesetzesinitiative des von der Solidarność dominierten Senats wurde dem Sejm am 20. März 1991 ein Projekt vom postkommunistischen Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) vorgelegt.⁸⁸ In diesem Entwurf war vorgesehen, dass neben den noch heute gültigen Sachverhalten (Gefährdung der Mutter, Schädigung des Embryos, Folge eines Verbrechens) noch zwei weitere Gründe zum Eingriff führen könnten: „4) im Falle von dokumentierten und besonders schweren Lebens- und materiellen Umständen der schwangeren Frau oder ihrer Familie; 5) aus außerordentlichen, ernststen persönlichen Gründen, die in einer schriftlichen Erklärung der Frau vorliegen müssen.“ Der Entwurf sah eine stufenweise Fristenregelung vor: Im Falle einer Schädigung oder als Folge eines Verbrechens konnte bis zur 17. Schwangerschaftswoche abgetrieben

⁸⁶ Zarząd Klubu Inteligencji Katolickiej w Warszawie: Uchwała Zarządu Klubu Inteligencji Katolickiej w Warszawie z dnia 21 marca 1991 roku w związku z ogólnokrajową konsultacją społeczną dotyczącą ustawy o ochronie prawnej dziecka poczętego [Vorstand des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau: Beschluss des Vorstands des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau vom 21. März 1991 im Zusammenhang mit den landesweiten gesellschaftlichen Konsultationen das Gesetz zum rechtlichen Schutz des ungeborenen Kindes betreffend], in: AAN, KIK, Sign. 2212/11, unpag.

⁸⁷ Centralny Komitet Wykonawczy SdRP: Oświadczenie dotyczące projektu ustawy przeciw aborcji [Zentrales Exekutivkomitee der SdRP: Erklärung bezüglich des Gesetzesentwurfs gegen die Abtreibung], 18.09.1990, in: AAN, Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski [SdRP], Sign. 1994/3/98, Bl. 104.

⁸⁸ Brief der SLD-Abgeordneten an den Sejm marschall Mikołaj Kozakiewicz, 20.03.1991, ebenda, Sign. 1994/5/129, Bl. 2 f.

werden, in den beiden unter 4) und 5) aufgeführten Fällen nur bis zur zehnten.⁸⁹ Somit ähnelte dieser Entwurf der seit 1956 gängigen Praxis, auch wenn er neue Elemente hinzufügte und die ungenauen Bestimmungen, die vonseiten der katholischen Kirche stets angegriffen worden waren, detaillierter und eindeutiger herausarbeitete.

Eine Woche später wurde auf der Sitzung des Obersten Rates der SdRP festgehalten, dass die Kirche eine intensive Aktivität entwickelt habe und Druck auf die Gläubigen ausübe, Unterschriften zur Unterstützung der Initiative des Senats zu leisten. Angesichts der „politischen Realien“ (d. h. der parlamentarischen Mehrheit des Solidarność-Lagers) kam der Oberste Rat zu dem Schluss, dass „man darum kämpfen muss, die negativen Effekte solch eines Gesetzes zu minimieren.“⁹⁰ Ähnlich wie die Verteidiger des „ungeborenen Lebens“ aus den 1970er Jahren beriefen sich auch die Autoren der SdRP auf das Argument, dass es sich bei der „Beschränkung des Rechts zur Familienplanung“ um eine Einschränkung „eines der grundlegenden Menschenrechte“ handle. Die Lösung liege in der Prophylaxe (Bildung, Kontrazeptiva) und nicht in der Kriminalisierung des Eingriffs: „Die dramatische Entscheidung, vor der die Frau steht, sollte anhand moralischer und nicht anhand juristischer Kategorien entschieden werden.“ Die SdRP griff daher zu einem neuen politischen Instrument und rief zu einem Referendum über die Gesetzgebung auf.⁹¹

Die Idee eines Referendums wurde u. a. von der Partei Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum, PC) abgelehnt, da es zu einem Spielball in der politischen Auseinandersetzung vor den Wahlen verkommen würde.⁹² Auch der KIK in Warschau lehnte die Idee eines Referendums ab: Ein solches Gesetz gehöre in die Hände von Experten und ins Parlament, und die Abgeordneten sollten sich nicht vor ihrer Verantwortung hinter einer „anonymen gesellschaftlichen Meinung“ verstecken. Des Weiteren erachtete der Klub es als

⁸⁹ Projekt: Ustawa z dnia ... 1991 r. o prawie do rodzicielstwa, ochronie poczętego życia ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży [Entwurf: Gesetz vom ... 1991 über das Recht auf Elternschaft, den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens und den Umständen der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen], ebenda, unpag. [Bl. 4v].

⁹⁰ Spotkanie w RN SdRP [Treffen im Obersten Rat der SdRP], 27.03.1991, ebenda, Bl. 9.

⁹¹ Rada Naczelna SdRP: Stanowisko w sprawie zakazu aborcji [Oberster Rat der SdRP: Stellungnahme bezüglich des Verbotes von Abtreibungen], 28.04.1990, in: AAN, SdRP, Sign. 1994/3/98, Bl. 63. Diese Forderung schaffte es auch in den Entwurf des gesellschaftspolitischen Programms der SdRP. Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej: Demokracja i Sprawiedliwość. Program społeczno-polityczny SdRP [Sozialdemokratie der Republik Polen: Demokratie und Gerechtigkeit. Gesellschaftspolitisches Programm der SdRP], S. 17, ebenda, Bl. 174.

⁹² Naczelna Rada Polityczna, III. Posiedzenie w dniu 12 V 1991 r.: Uchwała 2/17 [Oberster Politischer Rat, III. Sitzung am 12. Mai 1991: Beschluss Nr. 2/17], in: AAN, Porozumienie Centrum [PC], Sign. 2764/27, unpag. Bereits auf dem Ersten Kongress hatte die Zentrumsallianz beschlossen, diese Frage nicht im Wahlkampf zu thematisieren. Ebenda.

wenig sinnvoll, diese emotionale Frage der Bevölkerung zu überlassen, da häufig der „bequemste Weg“ gewählt werde, was „den menschlichen Schwächen Tür und Tor“ öffne. Besonders heikel wurde diese Frage in Zusammenhang mit der Kirche gesehen: Der Klub äußerte die Befürchtung, dass ein Referendum zu einem „ideologischen Krieg“ führen werde, in dessen Verlauf „die katholische Kirche als eine Gefahr für die polnische Demokratie dargestellt werden“ würde, und warnte vor der Möglichkeit emotionaler Manipulation sowie einer Vertiefung der gesellschaftlichen Gräben.⁹³

Noch im November 1992 beschäftigte die Frage der Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs die Leitungsgremien der SdRP. So äußerte das Präsidium seinen Unmut, dass das vorgeschlagene Referendum immer noch nicht abgehalten worden sei, obwohl es eine Chance für die Vertiefung demokratischer Mechanismen böte: „Sollen die Polen in einer allgemeinen Stimmabgabe selber über dieses schmerzhaftes Dilemma entscheiden, ohne dass ihnen von einigen politischen Gruppierungen deren Ansichten aufgezwungen werden. Dieses erste Referendum in einem freien Polen wird eine gute Praxis der direkten Demokratie sein.“⁹⁴

Jede der beiden Seiten bemühte sich in dieser Phase zu zeigen, dass sie das Gros der Bevölkerung vertrete. Daher wurden seitens der Kirche Aktionen gestartet, an denen sich insgesamt 1,7 Millionen Menschen, fast ausschließlich aus ländlichen Regionen, beteiligten. 89 Prozent davon standen in ihren Aufrufen und Briefen hinter der Initiative, während eine dreimonatige Unterschriftenaktion eines Abgeordneten der SLD 700 000 Unterschriften gegen die Verschärfung sammeln konnte.⁹⁵ Ein sogenanntes „Gesellschaftliches Komitee“ konnte bis Januar 1993 1,3 Millionen Unterschriften für die Durchführung eines Referendums sammeln, jedoch wurde dieses von der Regierung unter Hanna Suchocka und von Staatspräsident Lech Wałęsa mit dem Verweis auf die dadurch entstehenden hohen Kosten abgelehnt.⁹⁶ Die Verhandlungen über die verschiedenen Entwürfe zogen sich noch bis 1993 hin, als schließlich das neue verschärfte Gesetz verabschiedet wurde. Zuvor, im Mai 1992, war jedoch bereits durch das Gesundheitsministerium ein neuer Medizinerkodex erlassen worden, der die Gründe für einen Eingriff

⁹³ Zarząd Klubu Inteligencji Katolickiej: Uchwała Zarządu Klubu Inteligencji Katolickiej w Warszawie z dnia 1 grudnia 1992 roku [Vorstand des Klubs der Katholischen Intelligenz: Beschluss des Vorstandes der Katholischen Intelligenz in Warschau vom 1. Dezember 1992], in: AAN, KIK, Sign. 2212/39, unpag.

⁹⁴ Prezydium SdRP: Stellungnahme vom 16.11.1992, in: AAN, SdRP, Sign. 1994/3/98, Bl. 292.

⁹⁵ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 484 f.

⁹⁶ IGNACIUK, Abortion Debate (wie Anm. 32), S. 42.

einschränkte.⁹⁷ Soziale Indikatoren, mit denen vor 1993 das Gros der Abtreibungen begründet worden waren, wurden im Gesetz ersatzlos gestrichen.⁹⁸

Erhebungen aus den Jahren 1988 und 1992 zeigten, dass die polnische Gesellschaft in dieser Frage liberalere Ansichten vertrat als die parlamentarischen Vertreter: 73 Prozent erachteten Abtreibungen zwar als Sünde und nur 22 Prozent waren der Ansicht, dass sie die alleinige Entscheidung der Frau sei; jedoch vertraten 66 Prozent die Überzeugung, dass sie unter gewissen Umständen (etwa bei Vergewaltigung, ungünstigen sozioökonomischen Umständen oder Gefahren für die Frau) zulässig sei.⁹⁹ Einer Umfrage aus dem Jahre 1991 zufolge sah knapp ein Viertel der Frauen die alleinige Entscheidung über einen Eingriff bei der Frau, während knapp 20 Prozent eine Abtreibung kategorisch ablehnten.¹⁰⁰ 1993, als das Gesetz Gültigkeit erhielt, waren laut Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS) 70 Prozent der Befragten dagegen.¹⁰¹ Zahlen vom Meinungsforschungsinstitut OBOP sprechen davon, dass 51 Prozent gegen den Gesetzesentwurf des Senats und nur 37 Prozent dafür waren.¹⁰²

Zwischen 1988 und 1991, also noch vor der Gesetzesänderung, sank die Zahl der Abtreibungen von 105 333 auf unter 31 000. Dies würde bedeuten, dass die Gesetzgebung weniger Einfluss auf das Verhalten nahm als die sich allmählich verbessernde Versorgungslage (auch mit Verhütungsmitteln) nach 1989. Insgesamt zeigte sich jedoch, dass auch die Verschärfung der Bestimmungen nicht zu einer markanten Zunahme an Geburten in den 1990er Jahren führte. 1994, ein Jahr nach der Gesetzesänderung, lag die Geburtenrate bei 12,4 Lebendgeburten pro 1 000 Einwohnern.¹⁰³ Obwohl die Gesetzgebung bis

⁹⁷ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 473 f.

⁹⁸ <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19930170078/U/D19930078Lj.pdf> (19.12.2018); AGNIESZKA KOŚCIAŃSKA: Zobaczyć łosia. Historia polskiej edukacji seksualnej od pierwszej lekcji do internetu [Den Elch sehen. Die Geschichte der polnischen Sexualerziehung von den ersten Lektionen bis zum Internet], Wołowiec 2017, S. 9.

⁹⁹ BEATA LACIAK: Sex, Gender and Body in Polish Democracy in the Making, in: *International Journal of Law, Policy and Family* 10 (1996), S. 37-51, hier S. 46 f. Erhebungen aus dem Jahre 2013 zeigen, dass 33 % der Frauen im Alter von 45 bis 54 Jahren sowie 42 % der Frauen zwischen 55 und 64 mindestens einmal in ihrem Leben eine Abtreibung hatten durchführen lassen. AGATA IGNACIUK: „Ten szkodliwy zabieg“. Dyskursy na temat aborcji w publikacjach Towarzystwa Świadomego Macierzyństwa / Towarzystwa Planowania Rodziny (1956-1980) [„Dieser schädliche Eingriff“. Diskurse über das Thema Abtreibungen in den Publikationen der Gesellschaft für bewusste Mutterschaft / der Gesellschaft für Familienplanung (1956-1980)], in: *Zeszyty Etnologii Wrocławskiej* 20 (2014), 1, S. 75-97, hier S. 83.

¹⁰⁰ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 482. Die Umfragen zeigten ferner, dass unter Männern die Forderung nach einem kompletten Verbot etwas höher lag als bei den Frauen.

¹⁰¹ IGNACIUK, *Abortion Debate* (wie Anm. 32), S. 43.

¹⁰² Ebenda, S. 40.

¹⁰³ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 486.

heute Bestand hat, sank die Geburtenrate immer weiter und lag 2017 bei 10,6 Lebendgeburten.¹⁰⁴

Ein weiteres Problem bilde(te)n illegale Abtreibungen. Agata Ignaciuk nennt für den Zeitraum 1989-1993 folgende Zahlen zu registrierten Eingriffen: 82 137 im Jahr 1989, 11 640 1992 und 1 240 im Jahre 1993. Inwiefern die letzte Zahl der Realität entspricht, lässt sich schwer einschätzen, denn sie war die erste, die nach der Verschärfung der Bestimmungen ermittelt worden ist. Die Dunkelziffer dürfte ab 1993 deutlich höher liegen. Auch der Abtreibungstourismus sowie die Zahl der Todesfälle aufgrund von verweigerten Eingriffen begannen ab den frühen 2000er Jahren zu steigen.¹⁰⁵ Gegen Ende des Jahrtausends kam es aufgrund der veränderten Rechtslage zu schätzungsweise 80 000-200 000 illegalen Abbrüchen.¹⁰⁶

Andrzej Kulczycki urteilt zu Recht, dass in Polen „the law was changed from one of Europe’s most permissive to one of its most restrictive“.¹⁰⁷ Eine für alle Seiten akzeptable Lösung scheint es in dieser Auseinandersetzung nicht gegeben zu haben, vielmehr sei die neue Regelung – so Kulczycki weiter – ein (fauler) Kompromiss gewesen:

„The new law ended the most bitterly disputed chapter in the conflict over abortion policy in Poland; however, it satisfied almost no one because it was poorly written and did not fully meet the demands of any one group.“¹⁰⁸

Paradoxerweise sei in einem hochgradig katholischen Land bis zur gesetzlichen Einschränkung im Jahre 1993 die Zahl der Abtreibungen hoch gewesen, wenn auch bereits vor der Gesetzesänderung einige Krankenhäuser aufgehört hatten, diese Eingriffe durchzuführen. Die Folgen der Änderungen ließen sich laut dem Justizministerium bereits im kommenden Jahr ablesen, als 53 Fälle von illegalen Abtreibungen registriert wurden, 30 Falschmeldungen über angebliche Eingriffe vorlagen sowie ein Arzt wegen des Vorwurfes, einen illegalen Abbruch durchgeführt zu haben, Selbstmord begangen hatte.¹⁰⁹ Die Dunkelziffer und die nicht aufgedeckten illegalen Eingriffe lassen sich an dieser Stelle nicht abschätzen.

Eines der Argumente, das sowohl von Abtreibungsgegnern als auch -befürwortern eingesetzt wurde, war die Verknüpfung mit den totalitären Dikta-

¹⁰⁴ <http://wko.at/statistik/eu/europa-geburtenrate.pdf> (21.02.2019).

¹⁰⁵ IGNACIUK, Abortion Debate (wie Anm. 32), S. 56 ff.

¹⁰⁶ CZAJKOWSKA (wie Anm. 19), S. 181 f. Umfragen aus den Jahren 1997-2005 zeigen einen wahrnehmbaren Grad an Zustimmung (zwischen 57 und 65 Prozent) für den Standpunkt, dass die Entscheidung über einen Eingriff bei der betroffenen Frau liegen sollte. Nur knapp ein Drittel stellte sich gegen diese Ansicht. Ebenda, S. 183. DRUCIAREK (wie Anm. 18), S. 3, geht von 100 000 Frauen pro Jahr aus, die entweder im Ausland abtrieben oder aber durch illegal eingeführte Pillen eine Abtreibung vornehmen ließen.

¹⁰⁷ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 471.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 485.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 473, 475.

turen des 20. Jahrhunderts.¹¹⁰ So schloss der oben genannte Brief des Danziger KIK mit den Worten: „Tun wir alles, damit das *stalinistische* [Hervorhebung MZ] Gesetz vom 27. April 1956 aufgehoben wird.“¹¹¹ Tadeusz Pierniek, Mitglied der Bischofskonferenz und später Weihbischof von Sosnowiec sowie Generalsekretär der Konferenz, ging in einem Interview mit dem *Tygodnik Powszechny* sogar noch weiter: Totalitäre Systeme hätten nicht nur Menschen in Konzentrationslagern ermordet, „sondern auch den Mord unschuldiger und wehrloser Kinder im Mutterleib legalisiert“.¹¹² Auch der Widerstand gegen die Neuregelung wie etwa von der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) bezog sich in einem Flugblatt explizit auf die Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts: „Indem das polnische Parlament sogar die Kontrolle über das Intimleben des Individuums übernehmen will, geht es den Weg von Stalin, Hitler, Ceausescu – Diktatoren, die auch gegen das Recht auf Abtreibung waren.“¹¹³ Ähnlich wie die PZPR in den 1970er Jahren hielt auch die PPS fest: „Polizei und Gefängnis werden das Problem nicht lösen.“¹¹⁴

Kritisiert wurde von Gegnern der neuen Gesetzgebung, vor allem von Seiten neu entstandener (feministischer) Frauengruppierungen, dass nun ein zu 90 Prozent aus Männern bestehendes Gremium über die Reproduktionsrechte der Frauen entscheide.¹¹⁵ Auch die SdRP protestierte gegen die Entscheidung im Sejm und warf den Parlamentariern, die für die Gesetzesänderung gestimmt hatten, vor, sie würden Frauen zu Objekten degradieren. Die Autoren des Gesetzes, so die Erklärung des Zentralen Exekutivkomitees (Centralny Komitet Wykonawczy, CKW) weiter, würden die Sorgen und Nöte von Tausenden Frauen geringschätzen und Polen weg vom „gegenwärtigen zivilisatorischen Standard“ hin zu einem konfessionellen Staat (*państwo wyznaniowe*) wandeln. Daher kündige das CKW kämpferisch an: „Unsere Niederlage im Sejm bedeutet nicht das Ende der Angelegenheit. Polen erwartet noch viele Kampagnen bei der Verteidigung des Menschen, für eine moderne, demokratische Form unseres Staates, für die Milderung der Tragödien, die unter anderem durch das beschlossene Gesetz herbeigeführt wurden.“¹¹⁶

¹¹⁰ Ebenda, S. 486.

¹¹¹ Brief von Jaroszewicz und Klawiter (wie Anm. 84).

¹¹² *Tygodnik Powszechny* vom 13.01.1991, zit. nach: KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 486.

¹¹³ *Solidarność Socjalistyczna: Precz z policyjnym prawem! Jesteśmy przeciw zakazowi aborcji [...][Solidarność Socjalistyczna: Nieder mit dem Polizeirecht! Wir sind gegen das Verbot von Abtreibungen]*, in: AAN, Polska Partia Socjalistyczna [PPS], Sign. 1969/14, unpag.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ SŁAWOMIRA WALCZEWSKA: *Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen*, Wiesbaden 2015, S. 34 f., 62.

¹¹⁶ *Centralny Komitet Wykonawczy SdRP: Oświadczenie CKW SdRP [Zentrales Exekutivkomitee der SdRP: Erklärung des ZEK der SdRP]*, 07.01.1993, in: SdRP. Rada Naczelna: *Dokumenty programowe 1993-97*, S. 13 f., in: AAN, SdRP, Sign. 1994/3/99, unpag.

Die Gesetzesänderung wurde nicht zurückgenommen. Zwar konnte nach dem Wahlsieg der SLD 1993 eine Änderung des restriktiven Gesetzes – es sollte eine Erweiterung um soziale Faktoren sowie eine Fristenlösung innerhalb der ersten drei Monate nach der Empfängnis geben – in beiden Kammern des polnischen Parlaments (knapp) durchgesetzt werden, aber Staatspräsident Wałęsa legte sein Veto ein und verhinderte so eine erneute Liberalisierung.¹¹⁷ Durch die Wahl seines Nachfolgers Aleksander Kwaśniewski im November 1995 konnte diese Hürde genommen werden, und Sejm und Senat ratifizierten im August 1996 eine modifizierte Version des Gesetzes, das die oben genannten zusätzlichen Gründe in einer veränderten Form umfasste. Dabei wurden eine Fristenregelung (bis zur 12. Schwangerschaftswoche), eine Beratungspflicht und die sozialen Indikatoren wieder eingeführt. Bereits im Mai 1997 wurde die neue Regelung jedoch durch das Verfassungstribunal für verfassungswidrig erklärt. Letztlich gewannen die konservative Wahlaktion *Solidarność* (*Akcja Wyborcza Solidarność*) und die Freiheitsunion (*Unia Wolności*) die Wahlen im September 1997 und führten eine Rückkehr zur Gesetzgebung von 1993 herbei.¹¹⁸

Auch wurde bis heute (anders als in Irland) kein Referendum durchgeführt. Der Widerstand gegen die verschärften Bestimmungen ebte ab, auch wenn es immer wieder zu Auseinandersetzungen um dieses Thema kam. Stärker in den Mittelpunkt rückte diese Frage erst wieder gegen Ende der 1990er Jahre, als von katholischen Kreisen eine Aufnahme des Abtreibungsverbots in die Verfassung gefordert wurde (wie sie bis dato in Irland besteht), was jedoch nicht durchgesetzt werden konnte.¹¹⁹ Gegen diesen Versuch trat etwa die Demokratische Frauenunion (*Demokratyczna Unia Kobiet*) ein und forderte die Schaffung günstiger Lebensumstände, eine zufriedenstellende Versorgung mit Verhütungsmitteln sowie eine verbesserte gesundheitliche Vorsorge und Aufklärung, um die Abtreibungsrate zu minimieren. Gleichzeitig sprach sie sich gegen eine Kriminalisierung der Eingriffe aus.¹²⁰

Der erneute Wahlsieg der Postkommunisten 2001 führte jedoch nicht zu einer Liberalisierung der Gesetzgebung, weil die Regierung für den EU-Beitritt die Unterstützung der katholischen Kirche benötigte.¹²¹ Seitdem kam es immer wieder zu Debatten¹²², u. a. seit dem Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen 2015.

¹¹⁷ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 494.

¹¹⁸ IGNACIUK, *Abortion Debate* (wie Anm. 32), S. 44 ff.

¹¹⁹ Ebenda, S. 8. Einen weiteren erfolglosen Versuch unternahm die Partei Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*) im Jahre 2006. Ebenda, S. 50 f.

¹²⁰ *Demokratyczna Unia Kobiet – deklaracja programowa* [Demokratische Frauenunion – Programmatische Erklärung], S. 3, in: AAN, PPS, Sign. 1969/23, unpag.

¹²¹ IGNACIUK, *Abortion Debate* (wie Anm. 32), S. 47 f.

¹²² Ebenda, S. 49 ff.

Statt einer Schlussbetrachtung

Gerade die Verschärfung des Abtreibungsrechts im Jahre 1993 wirkte – jedenfalls retrospektiv – wie ein Weckruf für zahlreiche engagierte Frauen und Frauenrechtler/innen wie etwa Maria Janion.¹²³ Zugleich löste die Gesetzgebung eine große Bandbreite an Neugründungen von Vereinen, Initiativen und Parteien aus, die sich gegen die Verschärfung wandten.¹²⁴ Ihre Bemühungen waren jedoch bisher vergeblich.

Paradoxerweise war somit gerade in diesem Bereich die Rechtsprechung in der Volksrepublik Polen (jedenfalls nach 1956) liberaler als in der Dritten Republik. Eine besondere Rolle bei der Entwicklung spielte nach Ansicht von Andrzej Kulczycki Johannes Paul II., der als polnischer Papst eine Autorität insbesondere für traditionalistische Katholiken in Polen war. Daher schenkten zeitgenössische Autoren seinen Reisen, die er Anfang der 1990er Jahre nach Polen unternahm, einige Aufmerksamkeit und äußerten die These, dass es auch an der Autorität des Papstes liege, dass das polnische Parlament das Abtreibungsrecht verschärft habe. Bereits zu einem Besuch im Juni 1991 hatte ein Gesetzesvorhaben zum nahezu völligen Verbot von Abtreibungen umgesetzt werden sollen. Dies gelang jedoch nicht, weswegen der Pontifex die Parlamentarier kritisierte.¹²⁵

Hier werden verhärtete Fronten sichtbar, die in den sich über vier Jahre hinziehenden Debatten einen Konsens quasi unmöglich machten. So zitiert Kulczycki einen seiner nicht näher genannten Gesprächspartner, der an der Neuregelung beteiligt war, mit den Worten: „[a] complete waste of time, nerves and money“.¹²⁶

Die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen bleibt auch über den hier untersuchten Zeitraum hinaus ein schwieriges gesellschafts- und gesundheitspolitisches Thema und ist bis heute ein Gegenstand, der in Polen immer noch Kontroversen und emotionale Auseinandersetzungen hervorruft. Während die gesetzliche Regelung von 1956 bis zum Ende der Volksrepublik – trotz aller Auseinandersetzungen zwischen Partei und Kirche – bestehen blieb, wurde in der Dritten Republik die von der katholischen Kirche und ihren Verbündeten geforderte Verschärfung der Regelung gesetzlich verankert.

Diese (Zwischen-)Entscheidung von 1993 verdeutlicht zwei Dinge: Einerseits war die katholische Kirche dazu in der Lage, Politiker zu mobilisieren und die von ihr (und ihren politischen Unterstützern wie ZNAK, aber auch

¹²³ MARIA JANION: Za wolność naszą i waszą [Für eure und unsere Freiheit], in: *Gazeta Wyborcza* (1999), 3-4, S. 1, zit. nach: EWA KRAKOWSKA: *Feminism Polish Style: Our Tradition or a Borrowed One?*, in: URSZULA CHOWANIEC, URSULA PHILIPPS (Hrsg.): *Women's Voices and Feminism in Polish Cultural Memory*, Cambridge 2012, S. 67-77, hier S. 72.

¹²⁴ URSZULA CHOWANIEC: *Feminism Today. Reflections on Politics and Literature*, ebenda, S. 1-25, hier S. 11 f.; WALCZEWSKA (wie Anm. 115), S. 34 f., 62.

¹²⁵ KULCZYCKI (wie Anm. 32), S. 471, 484, 491.

¹²⁶ Ebenda, S. 485.

von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem PKOŹR) lange geforderten Gesetzesänderungen in die Tat umzusetzen. Die Abtreibungsgegner handelten nach der Maxime „Steter Tropfen höhlt den Stein“, wobei sich die kommunistische Regierung steter Angriffe auf ihre Gesetzgebung erwehren musste. Andererseits zeigt sich gerade an diesem Beispiel die Kluft zwischen der politischen Elite und der Gesellschaft und insbesondere die in den frühen 1990er Jahren in Umfragen zu Tage tretende Furcht, dass sich der „rote“ Totalitarismus in einen „schwarzen“ (d. h. kirchlichen) verwandeln werde.

Dass die Diskussionen um das Recht auf Abtreibung längst noch nicht an ihr Ende gelangt sind, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Polen: Nach ihrem Machtantritt brachte die PiS einen Gesetzesvorschlag ein, der ein beinahe totales Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen vorsah. Dieser Gesetzesvorschlag konnte jedoch aufgrund des gesellschaftlichen Widerstandes (noch) nicht im Parlament durchgesetzt werden. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich bleibt offen, es zeigt sich jedoch, dass weder das Problem noch die Argumentationsmuster mit dem Ende des Staatssozialismus ihre Gültigkeit verloren haben.

Gerade das von Abtreibungsgegnern immer wieder angeführte vermeintliche Aussterben der Nation, wie es katholische Kreise der regierenden PZPR anlasteten, tritt auch heute noch als Argument auf, etwa wenn Staatspräsident Bronisław Komorowski während einer Veranstaltung zu den Präsidentschaftswahlen 2015 von einem „demografischen Problem“ sprach.¹²⁷

Die hier vorgestellten Phänomene zeigen, über welch langen Zeitraum die geschilderten Entwicklungen ihre Wirkungsmacht behalten haben bzw. bis heute nachwirken. Die Spaltung des Landes in sexualkonservative und liberale Bevölkerungsschichten ist kaum überwunden und entzündete sich in den vergangenen Jahren insbesondere an den Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz von alternativen Formen von Sexualität und menschlichem Zusammenleben. Mit Blick auf die gegenwärtigen Tendenzen in Europa (das Referendum zugunsten der Verfassungsänderung und Liberalisierung der Vorschriften in Irland 2018, der Streit um das Werbeverbot für Abtreibungen in Deutschland)¹²⁸ lässt sich festhalten, dass die Entwicklungen in Polen symptomatisch für die Auseinandersetzungen um menschliche Sexualität und ihre Folgen im 20. und 21. Jahrhundert stehen, wenn auch die Besonderheit der Entwicklung in Polen betont werden muss: die Verschärfung der gesetzlichen Regelungen nach 1993 und die vereitelte Rückkehr zu liberaleren Regelungen im Zusammenhang mit der besonderen Position der katholischen Kirche und ihrer *pressure groups* im öffentlichen Diskurs.

¹²⁷ <http://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/1619727,2,zakonczyla-sie-pierwsza-debata-prezydencka-przed-ii-tura.read> (08.03.2017).

¹²⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/werbeverbot-abtreibungen-105.html> (11.01.2019).